

# Südböher Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Südböher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenstündige Beilage oder deren Raum 70 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 265.

Mittwoch, den 12. November 1919.

26. Jahrg.

## Das Intrigenpiel der Konterrevolution.

In den letzten Tagen kamen Meldungen aus Versailles, daß die Proklamierung des siebenjährigen Sohnes des letzten Habsburgers zum Könige in Ungarn unmittelbar bevorstehe. Die Nachricht ist in weiteren Kreisen mit Lächeln aufgenommen worden. Aber es läßt sich nun einmal nicht verhehlen, daß starke Kräfte am Werke sind, in Ungarn die Monarchie von neuem zu errichten. Den Vorhang von diesem Intrigenpiel zieht der nachstehende Artikel, den wir in der „Wiener Arbeiterzeitung“ finden.

Der weiße Terror wütet in Ungarn. Zur Zeit der Räterepublik sind dem roten Terror fünfshundert Menschen zum Opfer gefallen; seit ihrem Sturze hat der weiße Terror an die fünftausend gemordet. Proletariats schmachten in den Gefängnissen. Die Arbeiterklasse Ungarns ist wehrlos. Und während sie in ohnmächtigem Grimme zähneknirschend die Schreckensherrschaft der Konterrevolution erträgt, spinnen die magyarischen Konterrevolutionäre ihre Intrigen. Das nächste Ziel ist die Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn. Aber der Ehrgeiz der Budapester Königsmacher geht höher: Es gilt, die Slowakei, Siebenbürgen, das Banat und die Bacsa wiederzugewinnen, das Reich der „heiligen“ ungarischen Krone in seinen „historischen“ Grenzen wiederherzustellen. Es gilt nicht nur mehr. In Westungarn sammelt Horthy ein starkes Heer. Zu den magyarischen Konterrevolutionären gesellen sich dort auch deutschösterreichische und kroatische Offiziere. Und wenn sie in der Messe beieinander sitzen und der Wein den Mut entflammt, dann bramarbasieren sie, daß demnächst der General Rósses das Kommando übernehmen werde, um Horthys tapferes Heer nach Wien zu führen und Deutschösterreich dem Hause Habsburg zu Füßen zu legen.

Daß solche Pläne die Kräfte der magyarischen Konterrevolution weit übersteigen, ist gewiß. Aber die ungarischen Monarchisten hoffen auf fremde Hilfe. Ihre nächste Hoffnung ist Polen. In der Tat gibt es in Polen starke Kräfte, die nicht zufrieden damit, daß Polen nach Osten gegen die russische Sowjetrepublik, einen konterrevolutionären Feldzug führt, auch im Süden, in Ungarn, die Geschäfte der Konterrevolution besorgen möchten. Polen steht mit den Tschechen im Streit um Ostschlesien und um die slowakischen Komitate Arva und Zips. Unter diesen offenen Streit aber birgt sich ein noch schwererer Konflikt: Den polnischen Imperialisten ist es nicht angenehm, daß sich die tschecho-slowakische Bewegung zwischen sie und Ungarn gelegt hat; sie möchten unmittelbar an Ungarn grenzen. Noch weniger paßt es ihnen, daß das „karpathorussische“ Gebiet der tschecho-slowakische zugesprochen werde. Dort könnten die Tschechen ja eine luthenische Bewegung erzeugen, die auf das benachbarte Ostgalizien Einfluß gewinnen könnte. Und eine solche tschecho-luthenische Bewegung könnte den Polen desto gefährlicher werden, wenn sich die Tschechen zugleich mit der Ukraine oder mit einem die Ukraine beherrschenden, Ostgalizien beanspruchenden Rußland in Verbindung setzten — ein Gedanke, der, wie Kramarsch Reize zu Denikin beweist, den tschechischen Imperialisten nicht fern liegt. Aus diesem Grunde möchten die polnischen Imperialisten das karpathorussische Gebiet von der tschecho-slowakische losreißen, es Ungarn zurückgeben, dadurch die tschecho-slowakische von Rumänien trennen und die unmittelbare Grenze zwischen Polen und Ungarn gewinnen. Dadurch wird der Gegensatz zwischen Polen und Tschechen wesentlich verschärft.

In der Slowakei besteht eine böse Gärung. Die Tschechen haben sich in der „befreiten“ Slowakei durch die Reichsinsinieren Finanzmaßnahmen, durch die Requisitionen, durch die Uebergriffe ihrer Legionen verhaßt gemacht. Insbesondere der katholische Klerus, der die kulturlose Bauernmasse der Slowakei führt, steht im heftigsten Gegensatz gegen die Tschechen. Besteht doch die slowakische Landesregierung in Preßburg aus lauter evangelischen Slowaken und sind doch an die von der tschechischen Regierung neuerrichteten Schulen zum Teil liberale und sozialistische Lehrer aus Böhmen entsendet worden, während früher die slowakischen Schulen durchwegs konfessionelle, vom katholischen Klerus geleitete Schulen waren! Der Klerus mobilisiert die Bauernschaft gegen das häretische, „hussitische“ tschechische Regime. Die Unzufriedenheit der Slowaken mit der tschechischen Herrschaft wird von Warschau und von Budapest aus genährt. Hlinka, der Führer der slowakischen Alexander, war vor kurzem in Warschau und fand dort die größte Bereitwilligkeit, die klerikale Agitation für die „Selbstständigkeit“ der Slowakei zu unterstützen. Von Budapest aus wird die passive Resistenz der starken magyarischen Minderheiten in der Slowakei organisiert. Polen und Ungarn operieren in der Slowakei gemeinsam. So knüpfen sich Fäden zwischen Warschau und Budapest, zwischen der polnischen Schlachta und der magyarischen Gentry.

Aber hinter den feudalen Konterrevolutionären in Warschau und in Budapest steht eine größere, gefährlichere Macht. Das Zentrum der Intrige ist das Kloster der Jesuiten in Freiburg in der Schweiz. Freiburg ist nicht weit von Bragan, wo Karl Habsburg bessere Tage

erwartet; die Prinzen von Parma sind in Freiburg häufige Gäste. Von Freiburg gehen die Fäden nach Budapest; Prinz Ludwig Windischgrätz, um den sich in Bern die flüchtigen ungarischen Aristokraten gesammelt haben, ist den schwarzen Herren in Freiburg wohl bekannt. Freiburg hat auch mit Warschau gute Verbindungen; der Jesuitengeneral ist ein Pole. Freiburg hat seine schwarzen Soldaten überall: der Weihbischof Watsch fährt zwischen Freiburg und Innsbruck fleißig hin und her, und Jesuiten gibt es in der Slowakei, in Kroatien, in Tirol, in Wien. Ist es nicht merkwürdig, wie sich jetzt unsere Christlichsozialen über Deutsch-Westungarn reden? Aber Freiburg hat noch andere wertvolle Verbindungen; von dort führen alte Wege zur französischen Aristokratie, in deren Salons fromme Beichtväter, elegante Diplomaten und siegekrönte Generale über europäische Politik plaudern. Der französische General Franquet d'Esperey hat aus seiner Sympathie für die monarchische Restauration in Ungarn schon bei dem Staatskandidat Josef Habsburger sein Hehl gemacht. Doch, der französische Generalissimus, hat die Zerstörung der Habsburgermonarchie als einen „Fehler“ bezeichnet.

Wir glauben nicht, daß Clemenceau die Wiedereinsetzung des Habsburgerthrones wünscht. Er kann die Wiederkehr der Hohenzollern in Deutschland nicht wünschen und versteht gewiß, daß die Restauration der Habsburger auch die Restauration der Hohenzollern erleichtern würde. Aber siegreiche Generale treiben überall ihre eigene Politik; auch Frankreich hat jetzt seinen Ludendorff. Und die anderen En-

tentemächte? Die Entente muß im Südosten Europas endlich den Frieden wieder herstellen. Sie muß mit Ungarn Frieden schließen. Aber dazu muß in Budapest erst eine res-handlungsfähige Regierung gebildet werden. Fast scheint es, als wäre es dem englischen Bevollmächtigten Clark, der in Budapest mit den Parteien verhandelt, ganz gleichgültig, wie die ungarische Regierung aussieht und was sie will, wenn nur überhaupt eine Regierung zustande kommt, die bereit wäre, einen Friedensvertrag zu unterschreiben. Und auch da scheint es neben der offiziellen Politik eine persönliche, neben der zivilen Politik eine militärische zu geben. Es gibt englische Offiziere, die alte, intime Beziehungen zur magyarischen Aristokratie pflegen. Der große Kampf der Entente gegen die Dynastien, die den Krieg entfesselte, gegen die Herrenklassen, die die Nationen unterdrückt haben, gegen den Militarismus, der die Völker geknechtet hat, scheint sonderbar zu enden.

Aber noch ist die internationale Intrige nicht gelungen. Noch können die Völker, die Habsburgs Herrschaft gebrochen haben, die Intrige der Konterrevolution durchkreuzen. Das Gelingen der Intrige würde die Tschechen im Besitze der Slowakei, das jugoslawische Königreich im Besitze Kroatiens, der Bacsa und des Banats, Rumänien im Besitze Siebenbürgens bedrohen. Es würde unsere junge Republik in die größte Bedrängnis bringen und unsere Ansprüche auf Deutsch-Westungarn gefährden. Aber auch Italien, das die Zerstörung des Habsburgerreiches als die eigentliche Errungenschaft des Krieges betrachtet, wird durch diese Intrige bedroht. Gegen diese konterrevolutionäre Gefahr müssen alle Nachfolgersstaaten zusammenstehen. Aber auch die Demokratie und der Sozialismus Englands, Frankreichs, Amerikas können und werden nicht dulden, daß unter dem Schutze der Entente befreite Völker in neue Fesseln geschlagen werden.

## An die Wähler der Provinz Südböhmen!

In wenigen Tagen schon, Sonntag, den 16. November, finden die

### Landesausschuwahlen

statt. Die Wahlen sind von großer Tragweite, da nach der Auflösung des Arbeiterrats der Landesausschuß die einzige Stelle sein wird, wo die Wünsche und Forderungen der breiten Volksmassen der Provinz zum Austrag gebracht werden können.

Gehi die Gegner an: Die Deutschnationalen, die Busenfreunde der ostelbischen Junker, die Deutschnationalen, die ihr gerüllet Maß von Schuld an dem Ausbruch des mörderischen Weltkrieges tragen, sind offen und geheim eifrig am Werke, sich die Mehrheit im Landesausschuß zu sichern. In einem Zirkular, das sie am 18. Oktober an alle Ortsgruppen und Vertrauensmänner gerichtet haben und selbst als „äußerst wichtig“ bezeichnet, machen sie kein Hehl daraus, daß ihr Weizen erst dann ganz in Blüte steht, wenn der ihnen genehme Regierungspräsident einen Landesausschuß zur Seite hat, in dem sie selbst die Marschroute bestimmen. „Auch der neue Präsident“, so heißt es in ihrem Anschreiben, „würde dem Lande nicht helfen können, sondern mit der sozialdemokratischen Mehrheit verhandeln und haben schon seit Wochen eine besonders heftige Wahlagitation in der ganzen Provinz entfaltet. Sie ziehen von Dorf zu Dorf, von Gemeinde zur Gemeinde und verprügeln ihr Gift. In der Wahl ihrer Mittel, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, haben sie ein sehr weites Gewissen. Wir waren dessen selbst dieser Tage in Stodolsdorf Augen- und Ohrenzeuge. Der deutschnationale Redner Jossen brachte es fertig, die Revolution für den Niederbruch unseres Volkes verantwortlich zu machen, obwohl doch für jeden, der nicht durch die deutschnationale Parteibrille die politischen Verhältnisse zu betrachten pflegt, feststeht, daß lediglich die Sozialpolitik der den Deutschnationalen nachstehenden Ludendorff und Genossen das deutsche Volk in den katastrophalen Zusammenbruch geführt hat. Nicht die Sozialdemokratie, nicht die Revolution hat den Trümmerhaufen geschaffen, sondern die deutschnationale Miswirtschaft ist das Verhängnis des deutschen Volkes geworden. Sie ganz allein hat unser Volk an den Rand des Abgrundes geführt. Wehe dem Wähler, der den Sirenenklängen der Deutschnationalen folgt! Er treibt den Teufel durch Beelzebub, den Obersten der Teufel, aus.

**Wähler, zähl den deutschnationalen Volksverderbern, den Hehlern der Lebensmittelpreise und Lebensmittelmacher, den Brof-, Kartoffel- und Milchverteuerern gründlich heim! Räumt mit dem deutschnationalen Geschmeiß auf und zeigt ihnen, wo Bartel den Most holt! Keine Stimme einem Deutschnationalen!**

Die ganze Geschichte der Deutschnationalen, die sich früher Konservative, Nationalliberale oder ähnlich nannten, ist mit Verrat und Verbrechen am Volke angefüllt. Aus Furcht vor dem Volkszorn haben sie seit der Revolution ihr Firmenschild geändert, denn das Maß ihrer Sünden war voll. Aber wenn sie auch ihren Namen geändert haben, sie selbst sind im Wesen dieselben geblieben.

Ihr Ideal ist die Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse, und deshalb geht ihr ganzes Bestreben dahin, den Arbeitern alle Rechte wieder zu entreißen, die ihnen die Revolution gebracht hat.

Den Landesausschuß wollen sie einzig und allein ihres Zwecken dienstbar machen.

Wähler in Stadt und Land, Ihr habt es in der Hand, daß die um Mahlfedf und Bok ihr Ziel nicht erreichen.

### Nieder mit den Volksfeinden!

Da sie nur zu gut wissen, daß sie mit einer offenen Darlegung ihrer Ziele beim Volke nichts erreichen können, so greifen sie zur Lüge, Verleumdung und Verfehlung. Unter der Maske von Biedermännern jammern sie über die von Tag zu Tag immer teurer werdenden Lebensbedingungen und wissen doch ganz genau, daß gerade ihre Klassengenossen es sind, die dem Volk das Hehl über die Ohren ziehen und mit der hinreichend bekannten Bauernschlaueit alle Bestrebungen der sozialdemokratischen Regierung, den Lebensunterhalt der breiten Massen zu verbilligen, junichte machen. Sie heulmeien über wilde Streiks, und doch ist es gerade die deutschnationale Aushungerungspolitik, die immer und immer wieder das arbeitende Volk anpeitscht, an seinem fürchtbaren Joch zu rütteln.

### Reißt den deutschnationalen Heuchlern die Biedermannsmaske vom Gesicht!

Heuchler die sie sind, lagern die Deutschnationalen in einem von ihnen herausgegebenen Flugblatt darüber, daß die Sozialdemokratie Recht und Gerechtigkeit vergewaltigt, indem sie die deutschnationalen Versammlungen in „wüste Kadaverzügen“ verwandelt und sich sogar dahin reizen lasse, die deutschnationalen Redner tödlich zu bedrohen. So viel Worte, so viel Unwahrheiten! Falls solche Fälle wirklich vorgekommen sind — wir billigen sie nicht — trägt einzig und allein der deutschnationale Redner oder auch die deutschnationale Versammlungsleitung die Schuld. Die Zeiten, da man das Volk ungestrukt heiligen und beleidigen konnte, sind unwiederbringlich dahin. Der deutschnationale Versammlungsredner, der schlicht bleibt, wird zwar Widerspruch finden, darf aber auf Achtung rechnen. Derjenige natürlich, der offensichtlich und bewußt mit falschen Entstellungen und Verdrehungen der Wahrheit arbeitet, darf sich wachlich nicht wundern, wenn die Versammlungsteilnehmer aus der Haltung fallen und den deutschnationalen Lügenpeter zu unterbrechen suchen, um ihn auf den Pfad der Tugend zurückzuführen.

Wie wenig ernst es die Deutschnationalen aber mit der Wahrheit nehmen, zeigt der Flugblattschreiber gleich selbst, indem er die Eisenknecht, zu behaupten, daß die Deutschnationale Volkspartei für die Gleichberechtigung aller Stände, für Recht und Freiheit kämpfe. Dabei weiß doch jedermann, daß es gerade die Deutschnationale Volkspartei, allerdings noch unter dem alten Aushängeschild, gewesen ist, die sich mit Händen und Füßen

Wegen des freies Wahlrecht gestäubt hat. Zur Gleichberechtigung aller hat man sich auf deutschnationaler Seite erst dann bekannt, als das Volk am Ende seiner Geduld angekommen war und sich entschied, das ihm verweigerte Recht sich selbst zu nehmen. Bei der Wichtigkeit und Fülle der Aufgaben, die des neuen Landesauschusses hatten — wir erinnern nur an die Ernährungsfrage, die Anstaltsfrage — sollte sich jeder Wähler reiflich überlegen, wenn er am 16. November seine Stimme geben will. Wer es mit sich selbst und dem Volke wohlmeint, wer für eine ruhige Weiterentwicklung unseres kleinen Staatswesens ist, wer für Recht und Gerechtigkeit ist, wer für politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung aller ist, der kann keine deutschnationalen Heuchler und Volksfeind wählen, sondern muß für die sozialdemokratische Liste stimmen. Nur so kann er der Freiheit eine Gasse in der Provinz bahnen.

### Stimmt alle für die sozialdemokratische Liste!

### Das Wahlprogramm der französischen Sozialisten.

Aus Paris wird gemeldet: Die sozialistische Fraktion, die am Parlamentarismus festhält und dem Bolschewismus feindlich gegenüber steht, erklärt in ihrem Wahlmanifest, daß die Blockade der Entente gegen Rußland unwirksam sei. Sie wird im Parlament den Vorschlag Renaudels verteidigen, der die Herabminderung der Militärausgaben in Frankreich auf 8 Monate mit 30 Tagen Urlaub vorschlägt, der Generalstab habe eine Dienstzeit von 18 Monaten beantragt. Wahrscheinlich ist, daß man den Mittelweg einschlagen und 1 Jahr Dienstzeit festsetzen wird. Die Fraktion spricht sich für den Völkerebund aus, indem sie hinzusetzt, daß er sich in den Bahnen des internationalen Sozialismus entwickeln werde. Das Manifest begrüßt den Kongreß von Washington als den Anbruch einer neuen Zeit für die Arbeiter-schaft.

### Der Londoner Trinkspruch.

In Beantwortung eines Trinkspruchs des englischen Königs im Buckingham-Palast sagte Poincaré: Er möchte zunächst an den freundlichen Empfang erinnern, der ihm 1913 zuteil wurde. Inzwischen habe die Welt steigende Umwälzungen durchgemacht. Millionen Menschenleben seien geopfert worden in einem Kriege, den England und Frankreich hätten vermeiden wollen. Anfanglich seines Besuchs 1913 sei festgestellt, daß die beiden Mächte in loyalem Zusammenarbeiten die bedrohlichen Fragen des Orients, die damals auf der Welt lasteten, zu lösen sich bestreben. Poincaré sagte dann weiter, daß Großbritannien und Frankreich unermüdlich dahin wirkten, daß auf dem Balkan die Feindseligkeiten nicht wieder ausbrächen oder sich ausdehnten. Frankreich bemühte sich, mitzuwirken an der Aufrechterhaltung eines harmonischen Zusammenlebens der europäischen Staaten. Aber die mysteriöse Tat von Sarajewo lieferte den Leitern der Zentralmächte einen Vorwand, um die harmonische Einigung zu durchkreuzen. Bei solchen offiziellen Trinksprüchen darf man nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen; es könnte Rahengold darunter sein.

### Clemenceaus „Abrüstung“.

Sträßburger Zeitungen zufolge hat Clemenceau bei seinem letzten Besuch in Sträßburg in Begleitung Millerands und mehrerer französischer Generale auch die Forts des Kehler Brückenkopfes und die Außenbefestigungen von Sträßburg in Augenschein genommen. Clemenceau äußerte sich dabei, daß zur Sicherung für fünfzig Jahre Sträßburg nach Velfort die größte und widerstandsfähigste Festung werden müsse. Der Ausbau der Festung werde unverzüglich nach Bewilligung der Kredite durch die Kammer in Angriff genommen.

### Gutachten zur Nichterfüllung des Waffenstillstandsvertrages.

III. Berlin, 11. November. Die Reichsregierung hat während der letzten Tage Gutachten von Sachverständigen zu der Note der Entente über die Nichterfüllung des Waffenstillstandsvertrages eingeholt, namentlich über die Frage, ob wir überhaupt noch im Besitz von 400 000 Tonnen an Baggern, Docks und dergl. sind. Da diese Gutachten nunmehr wohl vorliegen, wird das Reichskabinett zu der Ententenote Stellung nehmen.

### Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Für Donnerstag wird der letzte Transport der in englischen Gefangenenlagern in Nordfrankreich befindlichen Kriegsgefangenen erwartet. Bisher wurden über 360 000 deutsche Kriegsgefangene aus englischer Hand in die Heimat zurückbefördert, darunter 204 000 über die Sammelstelle Köln-Deutz. In den letzten Tagen waren bereits deutsch-schlesische Abkommensberechtigte ein, die unter Führung polnischer Offiziere in das Köstimmungsgebiet geleitet wurden.

### Die Zurückhaltung der Gefangenen in Frankreich.

Mitteilungen aus Frankreich weisen, wie gemeldet wird, darauf hin, daß die französische Regierung beabsichtigt, entgegen allen Abmachungen die deutschen Kriegsgefangenen noch den ganzen Winter hindurch zurückzuhalten. Auf diese Befürchtung hin ist die neue Kriegsgefangenennote der deutschen Regierung zurückzuführen, die eine großzügige Aktion gegen das brutale Benehmen Frankreichs in der Kriegsgefangenenfrage einleiten will.

### Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft.

Von französischer Seite wird mitgeteilt: Die Regierung der österreichischen Republik hat bei der französischen Botschaft in Wien dieser Tage die Frage des im Dezember 1914 im Saal von Pola gehaltenen französischen Unterseebootes „Caric“ überhand. Die französische Flotte hat diesen Entschluß des Staatsanwalzers Kenner mit Genehmigung zur Kenntnis genommen und ihn dafür herzlich gedankt. Die französische Regierung hat den österreichischen Konsul in, die seinerzeit bei Beginn der Feindseligkeiten ihre Posten in Frankreich, Tunis und Marokko verlassen hatten, die Bewilligung erteilt, ihnen jetzt, noch vor der

Ratifizierung des Friedensvertrages, zur Auflösung ihres Haushalts und zur Regelung ihrer Angelegenheiten dorthin zurückzukehren.

### Der Schwur in Walthalla.

Um einem langgehegten Bedürfnisse abzuhelfen, hat Herr Georg Ledebour, der „Macher“ der deutschen Revolution, am 9. November 1919 ein Gegenstück zu dem Schwur im Walthause während der großen französischen Revolution geschaffen. Er hat seine Anhänger auf die Weltrevolution vereidigt! In Moskau und Petersburg wird man nun wieder von neuem hoffen, und der Ansturm der roten Armee gegen die gegenrevolutionären Truppen wird durch neue Begeisterung gewaltig gesteigert werden. Die soeben vereidigten neuen Soldaten der Weltrevolution werden das Ihre dazu beitragen; daß schon in aller nächster Zeit die Revolution über die ganze Welt dahinbraust. Georg Ledebour wird an der Seite Lenins von einer jubelnden Menschheit als der Befreier der Arbeit vom kapitalistischen Joch nach bolschewistischen Methoden gefeiert werden. Alle Welt ist sich über die Bedeutung dieses geschichtlichen Aktes im Berliner Walthalla-Theater am 9. November 1919 klar. Selbst die Berliner bürgerlichen Zeitungen berichten ausführlich über diesen geschichtlichen Akt. Nur die „Freiheit“ schweigt. In sechs Zeilen tut sie die ganze Rede ihres neuen Führers ab und erwähnt mit keiner Silbe den Schwur in Walthalla. Was soll das bedeuten? Schämt sich die „Freiheit“ etwa dieses neuen Romödienstückes eines Mannes, der Anspruch darauf erhebt, Ernst genommen zu werden, oder legt sie diesem Eid ihrer Anhänger keine Bedeutung bei? Wie dem auch sei, die deutsche Revolution ist um ein „welterschütterndes“ Ereignis reicher geworden, und die „wahrhaft revolutionäre U. S. V.“ hat sich von neuem der Lächerlichkeit preisgegeben.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

Das Schlimmste kommt noch. In einer Umfrage über die Revolution sagt Walter Rathenau: „Diese Monate waren hart, doch wenn man später zurückdenkt, wird man sie leicht finden. Die Zeiten vor Schulbeginn. Die volle Fremdherrschaft hat noch nicht angefangen, die Kommissionen sind noch nicht da. Der Druck der Entschädigungen hat noch nicht begonnen, die Lasten und Abgaben sind noch nicht da. Wir leben weit über unsere Verhältnisse, verzehren ein Mehrfaches von dem, was wir produzieren, kaufen Getreide und Metall, Wolle und Schokolade auf Pump und wundern uns über den Stand der Währung. Das geht so noch einige Zeit, doch nicht auf lange.“

#### Die Pafaffäre des Leutnants Vogel.

Der Berliner Vertreter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht eine längere Klarstellung über die Pafaffäre des Leutnants Vogel, der bekanntlich am Tage nach dem Prozeß wegen Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs nach Holland geflohen ist. Es ergibt sich aus dieser Darstellung, daß die Fälschung des Passes nach der Bisherigen, welche auf den Namen Felsen lautete, dem holländischen Konsulat bekannt war. Dagegen erweist sich die Behauptung, daß Erzberger dem Leutnant Vogel einen Kurierpaß als Kurier der Waffenstillstandskommission verschafft habe, als grundlos. Der Leutnant Vogel war im Januar einmal als Kurier der Waffenstillstandskommission nach Spa verwendet worden und hatte von damals eine Visitenkarte Erzbergers, die er allerdings dem holländischen Konsul vorgelegt hat.

#### Die oberschlesischen Gemeindevahlen.

Bei den Gemeindevahlen in Oberschlesien haben die Polen fast überall an Stimmen gewonnen, jedoch beträgt, nach oberflächlicher Schätzung, ihr Stimmenanteil nicht mehr als 35 Prozent. Die Wahlbeteiligung erreichte durchschnittlich 60 Prozent, in einigen Bezirken sogar 77 Prozent. Es darf angenommen werden, daß die Polen familiär gewählt haben. Deshalb darf man auch der in Aussicht stehenden Volksabstimmung mit einigem Zutrauen entgegensehen. Von großer Bedeutung bei der Volksabstimmung wird die Haltung der „Unabhängigen“ sein. Während sie früher erklärten, es wäre ihnen ganz gleichgültig, zu welchem kapitalistischen Staate sie kämen — zu Deutschland oder Polen —, läßt sich in neuerer Zeit bei ihnen eine stärkere Hinneigung zu Deutschland feststellen.

Wie übrigens über die Schweiz gemeldet wird, hat der Oberste Rat der Alliierten in Paris unter dem Vorbehalt von Clemenceau die oberschlesischen Wahlen für ungültig erklärt, da sie nach seiner Ansicht mit dem Friedensvertrage von Versailles und der freien Volksabstimmung in Widerspruch ständen.

#### Zeitweiliges Verbot der „Voss. Ztg.“

Amlich wird verlanthart: „Im Montag-Morgenblatt der „Vossischen Zeitung“ schreibt deren Chefredakteur Georg Bernhard, nachdem er die formelle Berechtigung Frankreichs, die deutschen Kriegsgefangenen zurückzuhalten, anerkennt, und die Zurückbehaltung bei mehr objektiven Denken als durchaus verständlich erklärte, folgenden Satz: „Der Erfolg ist, daß die deutsche Regierung, die gerade in der Gefangenenfrage ein unerhörtes Maß von Schuld gegen die eigenen Landskinder auf sich lud, die ganze Schuld auf Frankreich abwälzt.“ Die Behauptung schließt ein solches Maß bewährter Verleumdungen in sich und enthält eine so ungeheuerliche Beschimpfung, daß die Reichsregierung einstimmig beschloß, diese an Landesverrat grenzende Unwahrheit zur allgemeinen Kenntnis zu bringen und damit an den Pranger zu stellen. Die „Vossische Zeitung“ trug die äußerste Anfechtung in Hunderttausende von Angehörigen von Kriegsgefangenen und gefährdete die innere Ordnung aufs schwerste. Ihr Erscheinen ist daher nach dieser Verantwortungslosigkeit auf drei Tage untersagt worden.

#### Eine monarchistische Kundgebung im Theater.

Im Schiller-Theater in Charlottenburg wurde Montag ab Schillers 160. Geburtstag die „Verschwörung des Fiesco“ gegeben. Anwesende Monarchisten benutzten die Anführung zu einer lärmenden Kundgebung. Als Fiesco bei seiner Erzählung der Tiersabel den Handwerkern ans Herz legte, einem Oberhaupt zu gehören, da sonst Wirris in Staate herrsche, brachen sie in lauten Jubel aus, so daß die Vorstellung unterbrechung unterbrochen war. — Offenbar sind sie sich der Tragweite ihrer Handlung nicht bewußt gewesen. Ihre Kundgebung hätte leicht Gegenkundgebungen auslösen können, und dann wäre es vielleicht zum schönsten Krach gekommen.

### Folgen der Kohlennot.

In der Umgebung von Frankfurt a. M. sind wegen Kohlenmangels die großen chemischen Werke stillgelegt worden. Ungefähr 10 000 Arbeiter sind dadurch beschäftigungslos geworden. Die Stilllegung der Werke ist auch deshalb bedauerlich, weil sie zu großen Lieferungen für die Entente verpflichtet sind, wodurch unsere Valuta erheblich verbessert werden könnte. Der Kohlenbedarf der chemischen Industrie, namentlich der Farbstoffindustrie, ist gegenüber anderen Industriezweigen verhältnismäßig gering.

### Verhaftung der Chauffeuse des Generals Dupont.

Durch die Sicherheitspolizei in Berlin mußten in der Nacht zum Montag gegen 12½ Uhr die beiden Chauffeure des Generals Dupont, des Chefs der französischen Militärmission, die in trunkenem Zustand eine Dame belästigt und einen Bahnanien mit dem Revolver bedroht hatten, verhaftet werden. — Die beiden Chauffeure des Generals Dupont, die Franzosen Henri Melion und Andr. Ferrerol, hatten den Sonntag zu einem Bummel durch Berlin benutzt. Kurz nach 12 Uhr kamen die beiden Franzosen, die vorher in einer Bar gewesen waren, in betrunkenem Zustand durch die Neue Wilhelmstraße. Sie begegneten dort einer Dame, die sie zuerst durch Zurufe belästigten. Als die Dame auf die Bemerkungen der Chauffeure nicht antwortete, verletzten ihr die beiden Franzosen den Weg und belästigten sie in fleißiger Weise. Diesen Vorfall bemerkte der vorübergehende Bankbeamte Hans Krafaß. Er hinderte die Franzosen, die Dame noch weiter zu belästigen und erklärte, daß man in Berlin derartige „Freiheiten“ von Ausländern weder gewohnt sei, noch dulden werde. Darauf zogen die Chauffeure ihre Dienstrevolver und bedrohten den Bankbeamten. Sie erklärten, daß sie ihn niederstießen würden, wenn er die Dame nicht freigebe. Zum Glück kam in diesem Augenblick eine Streife der Gruppe 3 der Berliner Sicherheitspolizei hinzu. Die Franzosen beschimpften die Polizeibeamten und suchten so lange mit dem Revolver umher, bis sie entwaffnet und auf die Hausvogtei gebracht wurden, wo ihre Personalien festgestellt wurden. Montag morgen wurden beide, nachdem sie nüchtern geworden waren, nach der französischen Botschaft transportiert, wo sie unter Befugung eines Tatberichtes übergeben wurden.

### Kleine politische Nachrichten.

Der Präsident der Tschecho-Slowakei, Masaryk, hat Montag die Friedensverträge unterzeichnet, wodurch die Ratifikation der Tschecho-Slowakei endgültig vollzogen ist.

In Berlin findet am 21. November eine Konferenz der Vertreter der Einzelstaaten über eine Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge statt. Sachien hat hierfür einige weitreichende Vorschläge unterbreitet. Das jetzige System der Erwerbslosenfürsorge soll beseitigt werden.

Der Kardinal von Hartmann, Erzbischof von Köln, ist in der Nacht zum Dienstag gestorben.

Der Oberste Rat der Alliierten hat seinen Vertreter ermächtigt, Generalfeldmarschall v. Mackensen, der sich zurzeit in Saloniki befindet, in Berücksichtigung seines hohen Alters und seines Gesundheitszustandes sofort freizugeben und ihm die Heimreise zu ermöglichen.

Die Nachricht, daß der englische Höchstkommandierende, Feldmarschall Haig, infognito in Berlin weile, wird dementiert. Es handelt sich um einen Zivil-Engländer namens Hay, der mit Marschall Haig in keinerlei Beziehung steht.

Der Straßenbahnverkehr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist beendet. Der Verkehr ist Montag wieder aufgenommen worden.

Die von einer Korrespondenz gebrachte Nachricht, daß der Republik Österreich von der Entente ein Kredit von 300—500 Millionen Franken eingeräumt worden sei, stellt sich als unrichtig heraus.

Auf den Kommandanten der ungarischen Armee und Kriegsminister Admiral Horthy wurde in Budapest ein Attentat verübt. Vor dem Hause des Gemeindevollmächtigten Klark feuerte ein Mann auf ihn. Die Schüsse gingen aber fehl. Der Täter wurde von Passanten festgehalten. Man fand bei ihm 10 000 Lei. Die rumänische Zensur verbot die Veröffentlichung dieser Nachricht.

Die italienische Zeitung „Epoca“ erfährt aus Triest, daß in Ugram schwere Zusammenstöße zwischen Kroaten und Serben stattgefunden haben.

Ende dieses Monats wird in Brüssel der Prozeß gegen zwei Mitglieder des Rates von Flandern vor dem Geschworenengericht beginnen.

Die Bolschewiken fänden ein Dekret für die Amnestie politischer und krimineller Gefangener an.

Ungefähr 12 000 Postfächer mit Paketen für Deutschland können infolge des Streiks der Neuhäuser Schichtarbeiter nicht verladen werden.

Die japanische Regierung hat sich bereit erklärt, in Sibirien gemeinsam mit den amerikanischen Truppen für die Wiederherstellung der Ordnung zu sorgen.

### Ungarn.

#### Der Mörder Tiszas ein Kommunist?

Die Untersuchung der Ermordung des Grafen Stefan Tisza, des mehrfachen Ministerpräsidenten, hat ergeben, daß als der geistige Urheber der Tat der Volkskommissar der Regierung Bela Kahun, Joseph Bogany, anzusehen ist. Auf Grund dieser Feststellung ist die sofortige Auslieferung Bogany, der sich nach dem Sturz der Käterregierung aus Budapest nach Oesterreich geflüchtet hat, bei der österreichischen Regierung dringend beantragt worden. Die Prüfung dieses Vorwurfs durch die Wiener Behörden wird ergeben, wie weit es sich hier um eine politische Mordanschuld der reaktionären Regierung des ungarischen Ministerpräsidenten Friedrich oder um eine tatsächliche Teilnahme an einem Verbrechen handelt.

### Vereinigte Staaten.

#### Wilson's Nachfolgerschaft.

Die Republikaner beschloßen für die Präsidentschaft General Wood, als Vizepräsidenten Calvin Coolidge als Kandidaten aufzustellen.

#### Der Bergarbeiterstreit.

Wie „Reuters Bureau“ meldet, veröffentlichte der Vollzugsrat des Arbeiterrats eine Erklärung, in der der Streit der Bergarbeiter gerechtfertigt genannt wird, volle Unterstützung für die streikenden Arbeiter zugesagt und die Deffentlichkeit um Beistand ersucht wird.

Die Razzia auf radikale Agitatoren in Groß-Rennort dauert an. Es wurden über 1000 Personen verhaftet, darunter der russische Arbeiterführer Jim Parkin. Nach der „Exchange Telegraph“ machte das Justizdepartement bekannt, daß die Razzia der Beginn von Maßregeln im ganzen Lande sei, um den durch die „Union of Russian Workers“ beabsichtigten Versuch, die Regierung zu kürzen, zu vereiteln.

Aus der alldeutschen Lügenfibel.

Die deutsch-national-alldeutschen „Lübeckischen Anzeigen“ stehen gegenwärtig unter dem militärischen Kommando des Herrn Major a. D. Stavenhagen. Dr. Kranzhals, der große Dichter, dessen kriegsbegeisterte Poetik in so hartem Kontrast zu seiner starken Abneigung gegen den eigenen Eintritt in das Heer der Landesverteidiger stand, kämpft nun in Mitteldeutschland für die „hohen Ideale“ der betrübten Lohgerber aus dem Büchel der alldeutschen Kriegsheker. Unter seiner Anleitung hat in den vergangenen Monaten der Major a. D. sich fleißig in den schwierigen Rünften des Journalismus, wie sie von unserem Amtsblatt seit langem gepflegt werden, geübt und jetzt zeigt er, daß er auch etwas gelernt hat. Der Revolutionsgedenktag schien ihm besonders geeignet, den Befähigungsnachweis dafür zu erbringen, daß man mit der Wahrheit ebenso umspringen kann, wie früher ein preußischer Unteroffizier mit seinen Rekruten. Er nahm einfach die große Schere zur Hand und schnitt aus einer Korrespondenz einen Artikel heraus, der selbst die Glanzleistungen eines Kranzhals noch in den Schatten stellt. Wie wird das Gesicht des Herrn Major a. D. vor Freude geklärt haben, als er seine journalistische Heldentat gedruckt vor sich liegen sah. Mit wenigen Schritten hatte er der Hydra der Revolution sämtliche Scheußlichkeiten angehängt, die ein alldeutscher Geist ihr andichten kann. Hier sind einige zur Auswahl:

„Der Tag der Revolution ein „unseliger, kläglich-ladener Tag“ von vernichtender Bedeutung.“

„Deutschland steht auf dem Trümmerfeld, das die Wahnsinnstas verblendeter Massen an diesem Tage schuf, als sie Treu und Glauben verriet, die hekerischen und trügerischen Redungen Umsturz sinnender und Verrat über den Führer folgte. Eine radikale Minderheit hat dies Elend heraufbeschworen.“

„Das deutsche Elend hat sicherlich nur eine Minderheit heraufbeschworen, und zwar die Minderheit, die Deutschland in den Krieg stürzte, sich über jeden neuen Gegner freute und den Verstandigungsfrieden höchlich jurldawies. Zu dieser Minderheit gehörten auch die Amtsblattleute.“

„Unter deutsches Volk schuf sich den furchtbarsten Zusammenbruch selbst in wahnsinniger Verblendung. . . Alle Schichten fühlten und wußten, daß es einen Verteidigungskampf galt zum Schutze des eigenen Hauses gegen gieriger Räuber fremden Angriff!“

„Gerade die alldeutschen Gewalthaber vom Schlage der „Lübeckischen Anzeigen“ suchten dem Kriege den Charakter des Verteidigungskrieges zu nehmen. Sie forderten Annexionen an allen Fronten „zur Sicherung“ und fanden den Frieden von Brest-Litowsk als lange nicht weitgehend genug. Ihre Absichten waren schimmer noch als die des ihnen feindverwandten Herrn Clemenceau. Die Schuld des deutschen Volkes, soweit man von einer solchen sprechen kann, besteht höchstens darin, daß es viel zu lange sich die Herrschaft der Gewaltpolitiker und Kriegstreiber gefallen ließ, die noch während des Krieges immer und immer wieder mit Lügen arbeiteten.“

„Die Kronen rollten in den Staub, von der Rebellen Hand den angekommenen Herrschern vom Haupt gestoben.“

„Die überflüssigen „angestammten Herrscher“, die feig das Feld räumten, als das Volk sich nicht mehr von ihnen und ihren Schleppepennträgern gänzlich lassen wollte, haben ohne Gegenleistung viele Millionen verschlungen, die man für wichtigere Zwecke besser gebrauchen kann.“

„Aus blutigem Kampfe zog das Heer heim, nicht vom Feind geschlagen, erdolcht vom Bruder, der hinter seinem Rücken in Sicherheit gelebt hatte.“

„Dabei steht fest, daß der Zusammenbruch zuerst in Bulgarien und Oesterreich-Ungarn erfolgte und deshalb jede weitere Opferung von Menschenleben sinnlos gewesen wäre. Aber diese sinnlose Hinstreckung weiterer Hunderttausender entspricht der Blutiger der Kriegsheker. Die haben allerdings das Heer erdolcht, indem sie nicht verstanden, den Frieden herbeizuführen!“

„Wo sind die Errungenschaften der Revolution? Eine Schicht regiert, fordert und erzwingt ihren Willen. Alle Laster wälten frei. Unendlich viel größer als die Zahl der Arbeitslosen, die gern arbeiten möchten, ist die Zahl der „Erwerbslosen von Beruf“, die nicht arbeiten wollen.“

„Die Beschimpfung der Erwerbslosen ist eine Spezialität derer, die im gemäßigten Leben den Arbeitersinn nicht richtig kennen, die im Arbeiter nur ein notwendiges Uebel erblicken, aber heileibe keine gleichberechtigten Menschen. Daß diese Herrschaften im gleichen Wahrsinn, in der Uebernahme der Macht durch das Volk, im Achtstundentag und in den anderen Freiheiten, welche die Revolution gebracht hat, keine erfreulichen Errungenschaften erblicken, ist bezeichnend, denn sie begehren ja die Vernichtung ihrer angemessenen Privilegien und Vorrechte. Vor der Revolution regierte allerdings nur eine Schicht; nach der Revolution die Vertretung des gesamten Volkes.“

„Die Entwertung des Geldes, wachsende Teuerung, sinkende Produktion, verlorene Arbeitskraft, untilgbaren Schulden und fast untragbare Steuern — das sind die wirtschaftlichen Errungenschaften der Revolution.“

„Das können nur Lügner oder Narren behaupten, denn jeder Vernünftige weiß, daß das die Folgen des von den Gewaltpolitikern gewollten verlorenen Krieges sind.“

„Zähneknirschend, umflorten Blides steht das übrige (nicht-sozialistische) Volk da an dieses Unheiltages Wiederkehr, der das soziale Glück, die Hoffnung auf unsere Zukunft, rafflosen Schaffens Früchte vernichtet, langer Kriegsjahre Leiden vergeblich gemacht hat.“

„Und so geht es weiter. Schon diese Proben zeigen, daß die alldeutschen Kriegsheker noch nichts gelernt und nichts vergessen haben. Sie vergewaltigen jetzt die Wahrheit wie früher das Volk und suchen nach dem Motto: „Halte den Dieb!“ die Revolution und die Sozialdemokratie für die Folgen ihrer verwerflichen Politik verantwortlich zu machen. Sie rechnen dabei auf das kurze Gedächtnis der breiten Volksschichten, die von ihnen in das Elend gedrückt worden sind und die sie jetzt so gern wieder vor ihren Wagen spannen möchten. Aber solche Lügen und Verleumdungen werden höchstens die Wirkung haben, daß ihre Urheber noch verächtlicher erscheinen, als sie es nach ihrem verbrecherischen Tun in der Zeit, da sie an der Macht waren, schon sind.“

Die Amtsblattredaktion übermittelt uns auf Grund des Preßgesetzes folgende Berichtigung:

„In der Ausgabe des „Lübecker Volksboten“ Nr. 261 vom 11. 11. 19 ist behauptet worden, der Verfasser des Aufsatzes „Der Jahrestag der Revolution“ in den „Lübeckischen Anzeigen“ Nr. 526 vom 9. 11. 19 habe „die jetzige Regierung verleumbet, der er vor Jahresfrist vor verammelten Soldaten in der Kaserne feierlich Treue geschworen habe.“

Beide Behauptungen sind unrichtig. Der beregte Aufsatz ist von mir als Hauptredakteur der „Lübeckischen Anzeigen“ verfaßt und ich habe die Verantwortung für denselben. Ich stelle fest:

1. In dem von mir verfaßten Aufsatz ist die jetzige Regierung nicht verleumbet, sondern es ist eine sachliche Schilderung der Vorgänge bei der Revolution und der Ereignisse nach dieser gegeben, wie sie meiner Ueberzeugung entspricht.

2. Ich habe vor Jahresfrist nicht vor verammeltem Mannschaf auf dem Kasernenhofe der jetzigen Regierung feierlich Treue geschworen, sondern habe damals lediglich in Ansehung der Verhältnisse, um die Möglichkeit zu haben, tunlichst zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mitzumirken, eine schriftliche Erklärung abgegeben, des Inhalts, daß ich in meiner

Tätigkeit als Kommandeur der hiesigen Truppe nichts gegen die Regierung unternehmen würde, so lange diese das Ziel verfolgte, auf dem Wege allgemeiner Wahlen zur Nationalversammlung geordnete Verhältnisse zu schaffen. Diese Verpflichtung habe ich eingehalten. Ich habe dann später meinen Abschied eingereicht, gerade um nicht meine Gesinnung verleugnen und nicht der jetzigen Regierung den Treueid leisten zu müssen. Die an die Behauptung, ich hätte einen Treueid geleistet, geknüpfte Behauptung ist also unrichtig und ich weise sie als Beleidigung zurück.“

Max Stavenhagen, Hauptredakteur der „Lübeckischen Anzeigen“.

Was es mit dieser Berichtigung auf sich hat, ist im obigen Artikel bereits drastisch gekennzeichnet. Er war fertiggestellt, ehe uns der Hauptredakteur des Amtsblattes mit seiner Richtigstellung beschränkte, die kurz vor Reaktionschluss eintraf. Wir haben uns also nur noch mit dem zweiten Teil zu beschäftigen. Und da müssen wir in aller Eile bedauern, dem Herrn Major nicht entgegenkommen zu können. Wir wissen von zuverlässigsten Augenzeugen, daß Major von Stavenhagen in der Kaserne vor etwa 30-40 Vertrauens- und Offizieren des Regiments 162, dessen Führung er vorübergehend übernahm, erklärt hat, daß er sich vollständig auf den Boden der Regierung Ober-Haase stelle. Von der schriftlichen Erklärung hatten wir gar keine Kenntnis. Mit der Deutlichkeit, ob die Erklärung ebdlich abgegeben ist oder nur das Offizierswort gilt, wird der Herr Major kaum Eindruck machen. Wenn wir so kleinlich wären, könnten wir ja auch sagen, daß von einem Kasernenhof bei uns keine Rede war. Daß dem Herrn Major seine patriotische Gesinnung sehr am Herzen liegt, können wir lebhaft verstehen, denn er liebte als tapferer Monarchist später mit den Demokraten. Dort ließ er durchblicken, daß ihm diese Partei — aus welchen Gründen sei dahingestellt — besonders gut bejahe. Aber zuletzt scheint sich der Herr Major doch auf seine „Gesinnung“ besonnen zu haben.

Für Pressefreiheit beginnt jetzt das läbliche Amtsblatt zu schwärmen, nachdem in der Bürgerschaft sein verlogener Revolutionsartikel mit der nötigen Deutlichkeit gekennzeichnet und im Anschluß daran die Schaffung eines besonderen amtlichen Organs gefordert wurde. Es ist doch merkwürdig, daß die „Lübeckischen Anzeigen“ in der verlangten Trennung des behördlichen Organs einer demokratischen Republik von einem reaktionären Parteiblatt einen wirtschaftlichen Druck, eine Verletzung der Pressefreiheit erblicken, während jeder Vernünftige das als eine Selbstverständlichkeit ansehen wird. Niemand will die „Lübeckischen Anzeigen“ in ihrem Schimpf- und Verleumdungsbedürfnis behindern, aber man kann doch keinem anständigen Menschen, der nun einmal alle amtlichen Bekanntmachungen kennen muß, zumuten, daß er ein solches Subelpapier mit den Fingern anfassen und abendretz dafür Geld aufwenden soll. Daß die „Lübeckischen Anzeigen“ für das Unsinnsige und Unmoralische des gegenwärtigen Zustandes kein Gefühl haben, erklärt sich leicht aus „wirtschaftlichen“ Gründen.

Für die Monarchie. „Um einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen,“ wird auch in Lübeck wieder eine Parteigruppe ins Leben treten, die sich mit den Vorarbeiten zur Errichtung einer Monarchie in Deutschland in der Hauptsache beschäftigen wird. Es handelt sich um alte Bekannte von der Fraktion Drehscheibe. Ein Teil hat nach der Revolution Befennernut abgelegt und ist konservativ geworden, ein anderer wurde Hemmschuh bei den Demokraten und das Zentrum schart sich um das Großmaul Stresemann. Heute nennen sie sich Deutsche Volkspartei! Eine Ortsgruppe dieser Richtung wurde jetzt hier errichtet; sie bezweckt angeblich die Vorbereitung der Wahlen zum Reichstag und wird nach altem Brauch die Interessen der Kapitalisten und Reaktionen in den Vordergrund stellen. Dazu dient in erster Linie die Verleumdung der Sozialdemokratie, wie wir täglich feststellen können. Auf ihrem Parteitag in Leipzig schaffte sich die Deutsche Volkspartei ein neues Programm, nach welchem sie die Monarchie als die für Deutschland entsprechende Staatsform hält. Man will sich zwar heute für die Monarchie noch nicht einschreiben, sondern abwarten, ob die Republik ihren Befähigungsnachweis erbringt. Das wird sie zwar im Sinne dieser Drehscheibenpolitiker niemals können. Dieser reaktionären Partei mit ihrem falschen Firmenschild wird aber bemessen werden, daß sie ihre Hoffnungen für immer begraben muß. Dazu tut aber not, daß die sozialdemokratische gefällte Arbeiterschaft auf dem Posten ist.

Anhaltende Kohlennot. Der Demobilisationskommissar Herr Dr. Link teilt uns mit, daß laut telegraphischer Nachricht von der Kohlenwirtschaftsstelle in Hamburg die Kohlenzufuhr für die nächsten Tage wegen gänzlicher Erschöpfung der Kohlenbestände der Eisenbahnverwaltungen in Frage gestellt ist. Es wird von der Kohlenwirtschaftsstelle empfohlen, mit Rücksicht hierauf weitgehende Einschränkung im Strom- und Lichtverbrauch einzuführen. Eine Sitzung des Kohlenbeirats bei dem Demobilisations-Kommissar hat in Aussicht genommen, die Stromabgabe an die Landwirtschaft sofort für jeden zweiten Tag abzustellen, die hauptsächlichsten in Betrieb befindlichen Industrieunternehmungen haben freiwillig die größtmögliche weitere Einschränkung des Stromverbrauches zugesagt. Man hofft, eine Stilllegung der industriellen Betriebe und der Straßenbahnen vermeiden zu können, doch ist Voraussetzung dafür, daß die Kohlenzufuhr in aller Kürze wieder aufgenommen wird. Der jetzige Kohlenbestand der Ueberlandzentrale reicht nur noch für dreieinhalb Tage.

Die Brauerei- und Mühlenarbeiter protestierten in ihrer Mitteldeverversammlung gegen das Klaffenrüttel über die freitrenden Tischler. Auch die Lübecker Straßenbahner schließen sich dem Protest an.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Die Kenitz der Landwirte. In Nr. 259 des „Lüb. Volksboten“ werden die trostlosen Zustände der Lebensmittelversorgung für den kommenden Winter in Hamburg geschildert. Es wird berichtet: „Schlimm steht es mit den Kartoffeln, die nur mangelhaft abgeliefert werden. Eine Winternahrung konnte deshalb nicht vorgenommen werden. Hiergegen ist einzuwenden, wenn die Landesverwaltungsämter in Zukunft nicht energischer vorgehen wollen, als in den beiden letzten Jahren, so werden die Bauern späterhin nichts mehr abliefern, denn, sie wollen die Zwangswirtschaft los sein. Die Bauern kümmern sich weder um das Verbot der Ausfuhr, noch um den Höchstpreis. Im Fürstentum Lübeck ist der Höchstpreis für Kartoffeln auf 8 Mk. per Zentner festgesetzt, wer aber 30 Mark per Zentner bezahlt, kann Kartoffeln bekommen, ob er im Fürstentum oder im Freistaat Lübeck wohnt. Energische Maßnahmen zur pflichtgemäßen Ablieferung sind notwendig und müssen durchgeführt werden. Auf die Ablieferung muß ein Druck gesetzt werden, denn aus Mitleid zu seinem Nebenmenschen findet sich keiner dazu. Mit der Ablieferung von Eiern war es hier so ähnlich; es wurde nicht ein Ei abgeliefert, seitdem aber der Landesverband gedroht hat, den Zucker zu entziehen, werden die Milchleier abgeliefert.“

Hamburg. Sich selbst bezichtigt. Bei einer hiesigen Polizeiwache meldete sich ein Leutnant Willi Grüner unter der Angabe, er habe um 6 Uhr abends bei St. Pauli ein kleines Mädchen von 8-12 Jahren in die Elbe geworfen, wo es ertrank. Der Offizier, dessen Vater ein General sein soll, wurde verhaftet. Anscheinend hat er die Tat in einem Zustand von Geistesgebrochtheit begangen. Ueber die Person des ertrunkenen Mädchens hat man noch keinen Aufschluß erhalten können. — Der Hochstapler und Lebensmittelmittelwandler von Sanden-Salten verhaftet. Vor einigen Tagen teilten wir mit, daß die Kriminalpolizei einen gefährlichen Hochstapler und Lebensmittelschwindler, der sich von Sanden-Salten nannte, suchte. Als die Polizei von dem Treiben des Ganerx erfuhr und das Konto des Schwindlers sperrte, hatte dieser bereits eine erhebliche Summe abgehoben und sich aus dem Staube gemacht. Jetzt ist der Beträger in Berlin verhaftet worden.

Riel. Zu dem schrecklichen Bootsunglück in der Mitter Nacht schreibt die Schleswig-Holst. Volkszeitung, daß es entgegen untergeschobener Nachrichten bei dem vorangegangenen Bergangen nett und freundlich hergegangen ist. Morgens beim Beiseigen der Boote aber entliefen dadurch Gedränge, weil jeder so schnell als möglich von der zugänglichen Dampfbrücke hinweg und nach Hause kommen wollte. Jugendliche Sorglosigkeit ließ dabei die Seeleute und die Mädchen die Gefahren der Fahrt übersehen und so geschah bei dem stürmischen Wetter das furchtbare Unglück. Bis jetzt ist es nicht möglich, die Zahl der vermählt Ertrunkenen genau anzugeben, weil niemand mit Bestimmtheit sagen kann, welche Teilnehmer an dem Feste die Fahrt mitgemacht haben. Das Suchen nach den Ertrunkenen mußte bei der unglücklichen Witterung vorläufig als zwecklos aufgegeben werden. Beim Rettungswerke haben sich einige Matrosen mit größter Aufopferung betätigt. Sieben Mann retteten sich durch Schwimmen. Das Boot war umgeschlagen und trieb tiefer, drei Personen hatten sich daran angeklammert. Es ist anzunehmen, daß die ums Leben gekommenen zum Teil einem Herzschlag erlegen sind. Mehrere Mädchenleichen trieben, mit dem Gesicht nach unten, auf dem Wasser. Nach neuerer Feststellung sind sieben Mädchen und 10 bis 12 Matrosen ertrunken.

Sadersleben. Amisentziehung. Beim Aufenthalt des französischen Kriegsschiffes „Marcelline“ in den nordschleswigischen Gewässern hatte Rechtsanwalt Rahn in Flensburg eine Verjährungsrede gehalten. Er wurde vom Oberlandesgericht seines Amtes als Senator enthoben. Auf seine Beschwerde hat der Oberste Disziplinarkhof die Amisentziehung bestätigt.

Rosold. Eine Liebestragödie. Hier erschof der aus Publikt (Reg.-Bez. Köslin) stammende Mediziner Hans Spiegel die etwa 19jährige Tochter des Konsuls William Cohn und fügte sich selbst so schwere Verwundungen zu, daß er diesen noch während der Nacht erlegen ist. — Vom Zuge überfahren wurden auf dem Bahnhof Almenstraße zwei junge Leute von 16 und 20 Jahren, die vom Fußballspiel kamen und durch die Sperre gingen, die kurz vorher ein Matrose unberechtigtweise gelöst hatte. Der eine junge Mann war sofort tot, der andere mußte in schwer verletzterem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht werden. Ihm wurden Arme und Beine abgehauen und der Kopf so schwer beschädigt, daß das Gehirn freigelegt war.

Bremserhagen. Stadtratswahl. Bei der am Donnerstags vorgenommenen Stadtratswahl wurden vier Sozialdemokraten und 3 Bürgerliche gewählt. Die „Unabhängigen“ beteiligten sich nicht an der Wahl.

Bremen. Die Bremische Landesversammlung nahm einen Antrag an, den Senat um eine Vorlage zu ersuchen, um eine selbständige auswärtige Vertretung Bremens zu schaffen. Von den Rednern der bürgerlichen Fraktionen und der Mehrheitssozialisten wurde anerkannt, daß die Interessen der Hansestädte weit auseinandergehen und es im Interesse des bremischen Handels und der bremischen Schifffahrt notwendig sei, eine eigene Vertretung in Berlin zu schaffen, zumal die Räder der einzigen nationalen Strom sei, während die Elbe und damit auch der hamburgische Hafen mehr oder weniger internationalisiert werde.

Neueste Nachrichten.

Die technische Seite des U-Boot-Krieges.

Berlin, 12. November. Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß erschien Dienstag der frühere Staatssekretär v. Capelle, um sich über die technische Seite des U-Boot-Krieges auszulassen, und die Zeugenaussagen des Abg. Dr. Struve (Riel) zu entkräften. Nach Herrn v. Capelle sind im ganzen 810 U-Boote in Auftrag gegeben worden. Von diesen 810 U-Booten entfallen auf die Zeit vor dem Kriege 45, auf die Zeit der Amtstätigkeit des Großadmirals Tirpitz 186. Von ihm selbst sind in den 2 1/2 Jahren seiner Amtstätigkeit 579 U-Boote in Auftrag gegeben worden. Die von ihm in Auftrag gegebenen U-Boote verteilen sich wie folgt: In den neun Monaten seiner Amtstätigkeit von 1916 bis 90, im Jahre 1917 269 und in den neun Monaten seiner Amtstätigkeit im Jahre 1918 220 U-Boote in Auftrag gegeben worden. Das Jahr 1916, das von aussehender Bedeutung war, sei etwas schlechter weggekommen, aber da hätten politische Gründe vorgelegen. v. Capelle verbreitete sich hierüber eingehend und wies darauf hin, daß Amerika seinen Einfluß mit Erfolg ausgeübt habe, um den U-Boot-Krieg lahmzulegen. Der Höhepunkt sei die Sussex-Note gewesen. Nicht den Tatsachen entspreche, daß der Reichsminister von Bethmann Hollweg und die Oberste Seeresleitung ihn, v. Capelle, erst hätten antreiben müssen, mehr U-Boote zu bauen. Allerdings habe der Abg. Dr. Struve einmal eine Denkschrift an den Reichsminister wegen angeblich nicht genügender U-Boote gereicht, aber der Reichsminister habe es nicht für nötig gehalten, ihn noch besonders anzutreiben. Auch seien an die Oberste Seeresleitung Maßnahmen des Abg. Gothein gelangt. General Ludendorff habe aber erklärt, es herrsche bezüglich des U-Boot-Krieges volle Uebereinstimmung zwischen der Obersten Seeresleitung, dem Admiralfuß und dem Reichsmarineamt. v. Bethmann Hollweg bejahte, daß v. Capelle den U-Boot-Krieg genügend gefördert habe, weshalb er ihm die Denkschriften gar nicht erst zugehen lassen. Staatssekretär v. Capelle betonte weiterhin, daß er sich in der zweiten Hälfte seiner Tätigkeit von selbst ohne Druck dem verstärkten U-Boot-Krieg zugewandt habe. Seine persönliche Ansicht sei gewesen, daß der U-Boot-Krieg Deutschland einen brauchbaren oder Verteidigungs-Frieden ermöglichen würde. Er sei nur das Sprachrohr der Kriegsführung gewesen. Reichsminister Dr. David: Nach den Bekundungen Kochs und v. Capelles steht es so aus, als wenn man in Marinekreisen nur ein psychologisches Weichwerden Englands erwartete. Der Sinn eines brauchbaren Friedens war aber damals in gewissen Kreisen ein deutscher Schmerzfriede.

Ein Ultimatum der Entente an den ungarischen Ministerpräsidenten.

II. Berlin, 12. November. Der „Tag“ läßt sich aus Budapest melden: Der Vertreter der Entente, Sir Carl, gab dem Ministerpräsidenten Friedrich auf, entweder innerhalb 24 Stunden ein Koalitionsministerium zustande zu bringen, oder zurückzutreten.

Die Japaner werben schweizerische Offiziere an.

II. Zürich, 12. November. Die „Neue Zürcher Ztg.“ macht darauf aufmerksam, daß zurzeit Anwerbungen von Offizieren und Unteroffizieren des schweizerischen Heeres mit fünfjähriger Verpflichtung für das japanische Heer im Gange sind. Die Werbungen werden von schweizerischen Persönlichkeiten geleitet. Das Blatt weist darauf hin, daß diese militärischen Anwerbungen im Widerspruch zur Bundesverfassung stehen.

Die Bolschewisten suchen die finnische Grenze zu überschreiten.

II. Kopenhagen, 12. November. Nach Meldungen aus Sellingsfors versuchten geringere bolschewistische Streitkräfte gestern die finnische Grenze zu überschreiten. Es kam zu einem heftigen Schermißel, in dem zwei Finnländer leicht verwundet wurden. Die Bolschewisten ließen 15 tote zurück. Zwei Bolschewisten wurden gefangen genommen.

Zelaterinenburg Zufluchtsort der Bolschewisten?

II. Kopenhagen, 12. November. Nach einer Meldung aus Zelaterinenburg sind derselbst Vertreter der bolschewistischen Regierung eingetroffen, um die Uebernahme der bolschewistischen Regierung dortin vorzubereiten, für den Fall, daß sie sich in Moskau nicht mehr sicher fühlen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.  
Filiale Lübeck.

## Verammlung

des Vorstandes, Vertrauensmänner und sämtlicher Arbeiterausschüsse aller Staatsbetriebe

am Donnerstag, 13. November abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. (Zimmer 4).

Tagesordnung:  
Cohntarif.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Pflicht.  
9818) Die Ortsverwaltung.

Infolge ungenügender Kohlenlieferung können die Mitglieder des örtlichen Vereins ihr Wartezimmer garnicht und ihr Sprechzimmer nur ungenügend heizen.  
Der Aerztliche Verein.

## Pelz-Haus

Fr. Zimmermann  
Beckergrube 50, I

bietet an als besonders vorteilhaft große Posten Alaskafuchs Blaufuchs Zobelfuchs v. 200 Mk. an.

Skunks Canin Blaufuch. Canin Zobel Canin Eleg. Kragen und Muffen modernste Formen Mk. 45, 60, 75, 90, 125, 160.

Leichte Pelzhüte Mk. 45, 90, 150.

Pelzfelle, Kinderparaturen in allen Preislagen.

Umarbeitungen jetzt noch schnell und billig.

## Glascheiben

aller Art offeriert O. Tauchnitz, Glasbandl, (9782) Fleischhauerstr. 35, T. 2808.

# Christbaum-Kerzen

sind zu haben in unserer

## Christbaumschmuck-Abteilung, 3. Stock

Rudolph **Karstadt** Lübeck

## Unabhängige Sozialdemokratische Partei

Ortsgruppe Lübeck. Bureau: Fleischhauerstr. 8.

## Verammlung

am Donnerstag, d. 13. November 1919 abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Hamburger Konferenz.
2. Abrechnung.
3. Innere Parteiangelegenheiten.

Der Vorstand.

9818) Ihren werten Freunden und Gönnern die Mitteilung, daß ich meine Wirtschaft Gartenstraße 43 aufgegeben habe, und sage hiermit allen meinen besten Dank.  
**Hans Grevesmühl.**

Bezugnehmend auf Obiges teile ich dem werten Publikum, sowie allen Freunden und Gönnern mit, daß ich mit dem heutigen Tage die Gastwirtschaft von Hans Grevesmühl übernommen habe, und bitte auch mir dasselbe Wohlwollen entgegen zu bringen.  
Lübeck, 12. November 1919. (9801)

**Heinr. Buck, Gartenstraße 43.**

## Plattdütsche Volksgill.

### Klaenabend

Donnerstag, den 14. November, Klock 8 in't Kolosseum.

Volksdanz, Vaerdrag, lebennige Leeder. In't Kolosseum ward inbött. 9812

Gesellschaftshaus  
**Weisser Engel**  
1784  
Rathenburg, Allee 29, Endstation d. Linie 1  
Jeden Sonntag and Donnerstag:  
**Gr. Ballmusik.**  
Anf. Sonntags 4 1/2, Donnerstags 6 1/2 Uhr.

## Adlershorst. Tanz

Jeden Donnerstag: 9781

## Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

c. G. m. b. H.

Warenabgabestelle für Manufaktur- u. Hausstandswaren  
Königstraße III

Als einen besonders günstigen Gelegenheitskauf empfehlen wir

## gebrauchte Matratzen und Nachttische.

Gleichzeitig müssen wir unsere werten Mitglieder nochmals dringend bitten, bei ihren Einkäufen in dieser Warenabgabestelle stets ihre Legitimationskarte vorzuzeigen, da wir anders nicht in der Lage sind, die Vorteile nur unseren Mitgliedern zugute kommen zu lassen.  
9819)

Der Vorstand.

## Zentralverband der Angestellten

Fachgruppe: Handelsangestellte.

## Versammlung

am Donnerstag, d. 13. Novbr. abends 7 1/2 Uhr Grüner Saal, Stadttheater.

Tages-Ordnung:  
Die Tarifffrage.  
9794) Der Vorstand.

## Verein „Fritz Reuter“ Lübeck.

## Versammlung

am'n Donnerstag, den 13. Novbr., abds. Klock 8, in'n Vereinslokal (Gasthof Zum weißen Rod), Mariesgröov 15. De Vereinsführer bett inbött.  
9804) De Vorstand.

## Gesellschaftshaus Pockenhof.

Morgen Donnerstag: (9781)

## Gr. Konzertabend.

Anf. 6 Uhr. F. Westfahling.

## Bauernspiele

44. Vorf. 10. 44.

## Unterhaltungs - Abend

Lolle Woffe. (9795)

## Ein Zimmer zu vermieten

## Stadthallen-Lichtspiele.

Lübeck, Mühlenbrücke 13.

Nur noch zwei Tage:  
Der erste Maxim-Film 1919/20

## Die Verführten.

Drama in 6 Akten, nach dem gleichnamigen Roman von Hans Hyan.

Gaustdarsteller: Scholz, Pietro und Gertrud Welker vom Deutschen Theater.

## Das Kreuz am See

Ein tiefgreifendes Schauspiel in 4 Akten mit Lissy Lind u. Max Laurencen in den Hauptrollen. Außerdem Industrie und Naturaufnahmen. 9806

## Hansa-Theater

Mittwoch: Eine Ballnacht.  
Donnerstag, 7 Uhr: 9802

## Eine Ballnacht.

Operette von O. Straus.  
Freitag: Eine Sonnabend-Ballnacht.

## Stadttheater Lübeck

(9807)

Mittwoch, d. 12. November: Anfang 7 Uhr.

## Richard III.

Tragödie in 5 Akten von William Shakespeare.

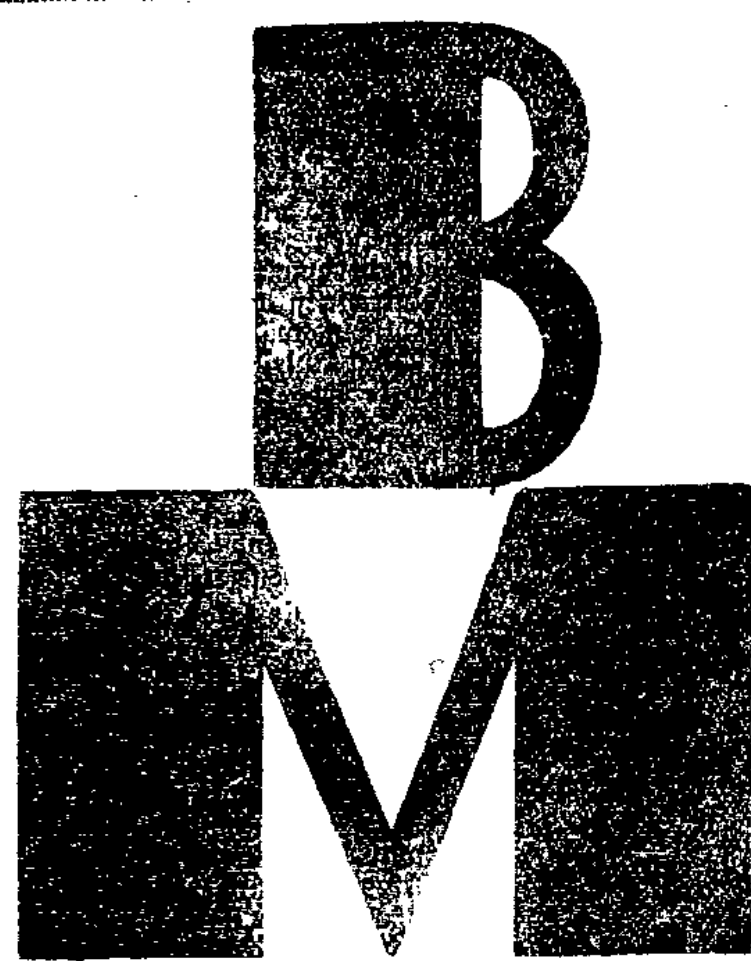
Donnerstag, d. 13. Novbr. Zum letzten Mal!

## Kameraden.

Freitag, den 14. November: 2. Vorst. im Opern-Zyklus. 9. Vorstellung im Freitag-Abonnement.

## Doktor und Apotheker. Der Dorfbarbier.

Sonnabend, den 15. Nov.: Cavalleria - Bajazzo.



## „Bekleidungs-Messe“

## Herren-Konfektion

Wester ein- und zweireihig mit und ohne Gurt	298.-	198.-
Paletots mit und ohne Samttragen	240.-	129.-
Loden-Mäntel Gürtel	195.-	179.-
Jackett-Anzüge reiche Auswahl in jeder Preislage	140.-	95.-
Hosen aus Buchskin-Stoffen	32.-	26.75
Hosen gestreift elegante Ausführung	95.-	65.-
Hosenstoffe gestreift, in vielen Mustern 140. breit	45.-	45.-
Jünglings-Wester moderne Nacharten	198.-	98.-
Knaben-Wester ein- u. zweireihig in vielen Mustern	51.50	27.75
Knaben-Pyjacks blau Cheviot	58.75	31.75
Knaben-Anzüge in vielen Nacharten u. Mustern	49.-	29.-
Knaben-Hosen mit Leibchen	21.75	6.75

### Reichsware:

Herren-Joppen-Anzüge bis zum Halbe geschlossen	124.75
Herren-Wester	122.- 137.-
Jünger-Anzüge bis z. Halbe geschlossen	107.50 101.- 96.50
Stoff marengo, geeignet für Joppen und Wester, 140. breit	25.70

Für auswärtige Kunden werden hiervon große Posten bis 16. Nov. zurückgestellt.

Rudolph **Karstadt** Lübeck

## Die Lübecker Strafrechtspflege.

Uns wird geschrieben:  
Die Entrüstung der Lübecker Arbeiterschaft über das Ausmaß des Urteils, das die Strafkammer Dr. Meyer-Lürchen in dem Mordprozess des letzten Tischlerkreises fällt, ist nicht unberechtigt. Das Urteil ist, gemessen an den tatsächlichen Verhältnissen der organisierten Arbeiterschaft, recht schwer verständlich. Und es ist richtig, daß dieses Urteil nur infolge mangelhafter Kenntnis des psychologischen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung entstehen konnte. Die Mitglieder der Strafkammer, die zur Zielsetzung stärkster persönlicher Angriffe geworden sind, werden sich ihrer mangelnden Kompetenz kaum bewußt sein. Sie wissen nicht nur eine Kritik des Urteils, sondern auch eine Kritik ihrer Urteilsfähigkeit mit derselben Entrüstung zurück, die ihnen entgegenkommt. Und in der Tat — zwei Lebensauffassungen, zwei weit auseinandergehende Rechtsbegriffe treten einander gegenüber. Dennoch bietet das uns beschäftigende Urteil keinerlei Handhabe, die Lübecker Strafrechtspflege schlechthin als fragwürdig zu kennzeichnen.

Als Landgerichtspräsident Dr. Hoppenstedt starb, schrieb ich ihm einen Nachruf, der mich zu einem vielangelegneten Zeitungs-Artikel machte. Ich hatte das geradezu leidenschaftliche Bemühen Hoppenstedts, das Recht zu finden, mit warmherzigen Worten anerkannt. Dieses Bemühen trat bei dem merkwürdigen Manne mit einer so quälenden, plastischen Deutlichkeit zutage, daß er zu einem Typus seines Standes wurde. Hoppenstedt hat kein Urteil verurteilt, das er nicht selbst innerlich erkämpft hatte. Er glaubte an die Wahrheit seiner Rechtsfindung. Aber, weil das so war, war er unbedingbar bis zum Extrem. Er ging beim Suchen nach der objektiven Wahrheit von einem Weltbild aus, in dem die menschliche Gesellschaft nach Besitz und Bildung klassifiziert war. Er war Klassenrichter und übte sich selbst nicht bewußt Klassenjustiz. Er war deshalb geradezu eine Gefahr für das Ansehen der Lübecker Strafrechtspflege. Sein Klassenstandpunkt, so tief verwurzelt, daß er ihn selbst als die Ursache seiner latenten Befangenheit nicht erkannte, machte sich auch in der Verhandlungsführung geltend. Ich entsinne mich eines unbedeutenden Diebstahlprozesses, der zu einer Zeit verhandelt wurde, als unsere Frauen und Mädchen fürchterlich große Hüte trugen. Hoppenstedt hielt darauf, daß auch weibliche Zeugen während des Eides die Kopfbedeckung ablegten. Als erste Zeugin war eine Frau, Besitzerin eines adeligen Gutes in Stadtnähe, zu vernehmen. Hoppenstedt forderte die Zeugin auf: „Ich bitte Sie, gnädige Frau, Ihren Hut abzunehmen.“ Für das nächste Zeugnis erschien ein Mädchenmädchen. Hoppenstedt stellte schon von fern Forderungen, daß die Zeugin ebenfalls einen tadellohen Hut auf dem nicht unehelichen Köpfchen trug. „Nehmen Sie mal gefälligst Ihre alte Kicpe ab!“ bonnete es der fast zusammenstinkenden Zeugin entgegen. Das Auditorium schmunzelte, aber der Eindruck blieb peinlich.

Geradezu klassisch wurde Hoppenstedts Klassenstandpunkt, wenn er in juristischen Prozessen einseitig mit Angehörigen der guten Gesellschaft oder mit Prostituierten zu tun hatte. Ersteren gegenüber bewahrte er Taktgefühl; letzteren begegnete er mit brutaler Offenheit ohne jegliche Rücksicht auf die natürlichen Empfindungen der Zuhörer und Zeugen. Er hatte gegen eine Prostituierte zu verhandeln, der von einem Besucher ein wertvoller Schmuck gestohlen war. Die Bestohlene hatte den Verlust erst bemerkt, als der Dieb ihr einen zweiten Besuch gemacht hatte. Hoppenstedt suchte festzustellen, was den Dieb zu einem zweiten Besuch veranlaßt habe. Das Mädchen gab ausweichende Antworten, die einen Rest von Schamgefühl verrieten. Alle Anwesenden waren durch die Bemerkungen der Zeugin völlig aufgellert. Hoppenstedt jedoch brang auf eine genaue Einzelschilderung der Vorgänge. Als das Mädchen betroffen schwieg, schrie der Präsident: „Na — er wollte wohl noch eemal?“ Die Zeugin antwortete leise: „Ja!“ Wiederum schmunzelte das Auditorium; in der Juristenloge lüchelten und juckten die vollzählig anwesenden Referendare. Aber der Nachgeschmack der Szene war ein sehr übler. Daß dies so sein mußte, dafür hatte Hoppenstedt nicht das geringste Verständnis. Wer ihm bis in die Tiefen seiner Beweggründe folgen konnte, der

war ihm persönlich ob solcher Verhandlungsführung nicht gram; aber wer die Wirkungen kannte und berechnen konnte, die solche Szenen im volkstümlichen Rechtsempfinden auslösen mußten, der war auf das höchste bestürzt darüber, daß einem solchen, durch engste Weltkenntnis befangenen Manne der bestimmendste Einfluß auf die Strafrechtspflege des Freistaates eingeräumt werden mußte. Eine Kritik am richterlichen Urteil war ihm gleichbedeutend mit einer dem Richterlande zugefügten Beleidigung. Es ist ihm wiederholt begegnet, daß seine Entscheidungen stärksten Widerspruch in der Presse fanden. Dann veräußerte er es nie, in einer der nächsten Strafkammersitzungen die Unfehlbarkeit des Richters in der Gesetzesanwendung zu proklamieren und den Zeitungsgelehrern eine lebenswürdige Grobheit zu widmen. Mir brachte er bei einem solchen Sündenfall mit einer Beweiskraft von der Gerichtsstätte. Ich entgegnete ihm freundlich, daß er recht gut wissen müsse, wie unmöglich selbst ihm das sei. Mit einem unverständlichen Gemurmel wandte er sich ab, und er ließ mich seitdem in Ruhe.

Ein großer Teil der heute in Lübeck als Strafrichter tätigen Juristen ist im Geiste Hoppenstedts erzogen worden. Nicht, daß sie seine Holzschnittmanieren übernommen; sie sind Hoppenstedts ureigenstes Persönlichkeitsgut geblieben. Sie übernahmen jedoch neben Hoppenstedts Gröndlichkeit im Suchen nach der objektiven Wahrheit, nach dem Recht, auch Hoppenstedts Weltbild! Das Weltbild einer Gesellschaftsklasse, die das Leben in der Tiefe des Volkes nicht kennt und sich nie bemüht hat, dieses Leben objektiv würdigen zu lernen. Und darum muß in allen Fällen, in denen es sich um Dinge handelt, die nur aus einer genauen Kenntnis der Seele des Volkes heraus beurteilt werden können, alles Suchen nach der objektiven Wahrheit, das diese und ähnliche Männer anstellen, endlich doch zu einem Irrtum führen. Die Augenbinde der Frau Justitia ist ihnen ein verhängnisvolles Merkmal. Die Dinge liegen für alle Beteiligten so tiefenst, ja tragisch, daß sie mit Allgemeinplätzen, wie sie sich in Versammlungsreden darstellen, nicht abgetan werden können. Wir, die wir des wertvollen Volkes Rechtsempfinden kennen, sehen, wie tiefenst Männer, erzogen und innerlich verankert in Anschauungen und Überzeugungen, die der primitiven Gefühlswelt weiler Volksschichten fern liegen, mit dem Einfluß ihrer ganzen Persönlichkeit zu einem Recht stehen, das kein Recht ist — irrend bona fide (in gutem Glauben)! Und es ist schließlich selbstverständlich: je mehr Gröndlichkeit im Suchen auf falschem Wege, desto schlimmer der Irrtum. Die Ursache dieses heilagenswerten Zustandes liegt in der Berufserziehung unserer Richter und in der rein akademischen Zusammenlegung der Strafkammern. Es ist kein Zufall, daß in Strafprozessen, die sich aus der wirtschaftlichen oder aus der politischen Arbeiterbewegung heraus entwickelten, die Lücke in der Rechtsfindung unserer Richter — und dies gilt nicht allein für unsere Verhältnisse — sich besonders scharf herausbildet. Autodidaktische Beschäftigung mit den Organisationsverhältnissen der Arbeiterschaft, mit ihren gewerkschaftlichen und politischen Ehrgebrühen genügt nicht, um die inneren Triebkräfte einer Handlung klar erkennen zu lernen. Auch eine längere Tätigkeit am Gewerkschaftsamt kann nicht ausreichen. Richter, die in Prozessen geführgerechter Art Recht sprechen sollen, auch in solchen Prozessen, die sich mit dem formalen Arbeiterrecht beschäftigen, müssen über objektive Kenntnisse der Welt, in der Arbeiter denken und handeln, verfügen, über Kenntnisse solcher Art, die durch ein systematisches Studium erworben wurden. Dieses Studium darf nicht in die Referendarezeit verlegt werden; es ist Pflichtarbeit des Assessors. Ganz abgesehen davon, daß die Zulassung zum Richteramt nicht von bestimmten gesellschaftlichen Voraussetzungen abhängig gemacht werden darf. So entstanden die Forderungen: Umformung der juristischen Vorbildung; Durchsetzung der Strafkammern mit Laienrichtern.

Es geht allerdings nicht an, der Lübecker Strafrechtspflege allgemein jedes Vertrauen zu verlagern. Wo Verständnisfragen vorliegen, da wird die Reform des Strafrechtswesens die erste vorzuziehende und einigende Wirkung ausüben müssen. Und ich habe aus genauer Personenkenntnis die Überzeugung, daß dann auch die Lübecker Richter umzulernen verstehen werden und daß dann die Hoppenstedtsche Gröndlichkeit auf rechtem Wege, entgegen

ihren früheren Auswirkungen, zur Geltung kommt. Eine Vertiefung der richterlichen Kenntnisse von den Lebenszusammenhängen in der Arbeiterschaft ist auch dann erforderlich, wenn in der Strafkammer Laienrichter mitwirken; denn es besteht nicht immer die Gewähr, daß Laienrichter die nachgewiesenen Verständnislücken zu schließen vermögen.

Eine auffallende Erscheinung ist die immer wieder verschobene gründliche Revision der Geschworenenliste. Sie stammt in ihren Grundfeststellungen noch aus der Amtszeit des Präsidenten Dr. Hoppenstedt. Die im Laufe der Zeit eingetretene Veränderungen beschränkten sich, soweit ich unterrichtet wurde, auf Ergänzungen, wie sie durch Tod und Ortswechsel der für das Geschworenenamt Ausgesehenen nötig wurden. Es bleibt eine verdienstverheißende Aufgabe des Justizkommission des Senates, eine gute Auffrischung der Geschworenenliste anzulegen, so daß für Schwurgerichtsprozesse, die aus der Not der Zeit heraus entstanden, richtig bildende Männer bereitstehen.

Es mag noch einmal betont werden, daß die organisierte Arbeiterschaft das Vorgehen der verurteilten Tischler an sich nicht billigt. Der innere Geist der freien Gewerkschaften ist terrorisierend bis zur äußersten Konsequenz. Aber — sie versteht es nicht, daß das richterliche Urteil über den Antrag des Staatsanwaltes hinausging. (Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf das sachliche Vorbild verweisen. Bei den höchsten Straengerichten, abgesehen von den Schwurgerichten, beantragt der Staatsanwalt lediglich die Bestrafung des Beschuldigten, ohne dem Ausmaße der Strafe durch die Richter in irgendeiner vorzugreifen, so daß niemals zwischen Strafantrag und Strafausmaß eine Unstimmigkeit entstehen kann. Das Verfahren empfiehlt sich auch noch aus verschiedenen anderen Gründen, die aber unerörtert bleiben mögen. Red.) Und wir haben hier eine im Endeffekt durchaus objektiv wirkende Staatsanwaltschaft, wenn sie auch in ihren Plaidoyers oft viel Subjektives erkennen läßt. Die organisierte Arbeiterschaft vermischt in diesem verdoppelten Unterstreichen der Darlegungen des Staatsanwalts die wahre Erkenntnis der Triebkräfte, die zu den an sich strafbaren Handlungen führten. Deshalb protestiert sie. Sie protestiert nicht gegen eine einzelne Strafkammer, nicht gegen die Personen der Richter; sie protestiert lediglich gegen das Vorhandensein einer Verständnislücke im richterlichen Erkennen, durch die noch mancher härter geschädigt werden kann, als er es verdient, wenn sie nicht energisch aufgezeigt und so schnell wie möglich geschlossen wird.

Wie wir den Sozialismus verstehen, begreift er in sich das Suchen nach Wahrheit. Und wenn wir uns auf diesem Wege begeben, dann müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn wir dann nicht das Richtige finden würden.

## Der Vater der Nazarener.

(Zum 50. Todestage Fr. Overbeds, 12. November.)

„Die Heiligenmalerei ist noch heute unter Overbeds Einfluß: in jedem Farbendruck der schmerzreichen Jungfrau spiegelt sich seine Gläubigkeit wieder... Andere nahmen seine Formen auf, vergrößerten sie in ihrer Wirkung; aber die Grundstimmung geht noch heute von ihm aus; es ist die einzige von den zu Anfang des Jahrhunderts Geborenen, die das Jahrhundert überdauerte.“ Mit diesen Worten bezeichnet Cornelius Gurlitt in seiner Kunstgeschichte des 19. Jahrhunderts die Bedeutung Friedrich Overbeds, des Begründers der nazarenischen Malerschule, seit dessen Tode am 12. November ein halbes Jahrhundert verfloßen ist. Der fromme Meister selbst wollte in seinen Werken keine Kunst schaffen, sondern die Menschheit in Frömmigkeit und Glauben stärken. Aber seine eingeborene Begabung war doch so groß, daß trotz des demütigen Bezugs auf jede Hervorhebung der eigenen Wesenheit seine garte und innerlich reine Persönlichkeit die edlen Formen seiner Bilder besetzte. Die unermeßliche Wirkung, die sein Werk gehabt hat, beweist die Stärke seines Künstlerstums. Die nach seinen Bildern und Zeichnungen geschaffenen Blätter wurden in der ganzen Welt verbreitet, und die religiöse Richtung in der Kunst, die er begründet und der er den ganzen Reichtum seines Gemütes

## Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegelet.

35. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Horstmann schüttelte sich vor Mut, die Fäuste geballt. Lotte hing laut weinend an seiner Brust. Frau Dusbach hatte ihren Schwiegerjohn umarmt und schrie:  
„Nimm dich zusammen! Sei still, Karl!“  
Mit einem Rud machte der Ingenieur sich von seiner Tochter los, und die Tür aufreißend, schrie er:  
„Hinaus! Hinaus!“  
Dehnt hatte seine Frau ergriffen, die, sich umdrehend, mit ihrer harten Stimme freischrie:  
„Er braucht das nicht zweimal zu sagen, der leudere Patron, der Schubiat!“  
„Hinaus!“ schrie Horstmann. „Wagt mir noch einmal mein Haus zu betreten!“  
Er schlug die Tür hinter ihnen zu, und, allein mit den drei Frauen, ging er mit großen Schritten im Zimmer auf und ab, seinen leuchtenden Atem ausstoßend.  
„Der elende Hund! Der soll nur mal wagen, meine Schwelke zu betreten. Ich habe ein paar Fuhrtritte für ihn. Ein schöner Kerl! Arbeiten will er nicht, lebt lieber von anderer Leute Geld. Und dann reißt er hier noch das Maul auf, der Halunke!“  
„Vieher Papa, sag doch nicht so schreckliche Worte!“ flehte Lotte und umpreßte ihres Vaters Hand.  
„Lass mich los! Ich muß deiner Mutter sagen, mit was für Gelichter sie mein Haus anfüllt.“  
Da erhob sich Frau Dusbach händeringend aus dem Sessel und schrie:  
„Herr Horstmann, Sie schmähen ja Annas eigene Schwester!“  
„Ah! Sie, Frau Regierungsrat, Sie sitzen auch noch da?“ sagte der Ingenieur, mit grimmigem Ausdruck auf die sich wieder dudende Alte losgehend.  
„Sehen Sie, jetzt machen Sie sich Mein, und weiß Gott, Sie haben auch alle Ursache dazu. Häitien Sie lieber den Mund gehalten, dann betämen Sie nicht meine Meinung zu hören. Wissen Sie auch, was ich erfahren habe? Sie haben zwanzigtausend Mark Schulden gemacht und sich nicht geschämt, sie von mir bezahlen zu lassen. Das ist ja eine seltsame Gatte, daß ein Schwiegerjohn die Schulden seiner Schwiegermutter bezahlt. Ja, nun fleischen Sie die Zähne. Ist das wahr oder nicht?“  
„Wut, schäm dich!“ rief Anna ihrem Manne zu. „Du hast versprochen, das meiner Mutter nie zu sagen.“  
„Wenn du deine Versprechen gehalten hättest, hielt ich auch die meinigen... O Frau Regierungsrat, was sind Sie für ein faulberer Vogel! Sie vergeuden Ihr Vermögen und müssen nun bei Ihrem Schwiegerjohn schmarnochen. Aber wenn man anderer Leute Brot isst, dann bleibt man hübsch bescheiden. Verstehen Sie das! Sonst kommts mir in den Sinn, Sie jetzt noch pfänden zu

lassen. Dann hieße es, aufgehoben ist nicht aufgehoben. Ich sage Ihnen, Ihre Gegenwart paßt mir nicht mehr. Ich will mein Haus sauber haben. Vielleicht ziehen Sie zu Ihrer anderen Tochter. Packen Sie morgen Ihre Koffer!“  
Frau Dusbach hatte die Hände vors Gesicht geschlagen und schlichste laut.  
„Leben Sie wohl!“ schrie Horstmann, als sie aufstand. „Den Vorkenskurier schicke ich Ihnen nach.“  
Anna hatte ihre Mutter um die Taille gefaßt und wollte sie hinausführen.  
Aber Horstmann riß sie vor der Tür an sich.  
„Du bleibst!“  
„Papa! Papa! Sei doch gut!“ sagte Lotte leise. „Was tust du, Papa?“  
„Dumme Gans, sei still! Willst du dich gegen deinen Vater auflehnen? Geh! Ich habe mit deiner Mutter zu sprechen.“  
Während Lotte Frau Regierungsrat hinausführte, ergriff er Annas Handgelenk und zwang sie auf den Sessel nieder. Als sie allein waren, setzte er sich ihr gegenüber und starrte sie fixer an.  
„Wenn du mir was tust, rufe ich um Hilfe!“ sagte Anna mit bebenden Lippen.  
„Ich dir was tun? Ich werde mich hüten, dich anzurühren. Aber hör zu! Jetzt spreche ich zum erstenmal als dein Mann. Drei Jahre habe ich dein Treiben mit angesehen. Heute sage ich dir: Es ist genug. Du hast mir Liebe geschworen, die hast du mir nicht gegeben. Jetzt halte ich mich an den Geheißern, den du mir am Altar geschworen hast. Ich will ein gehorames Weib aus dir machen!“  
Anna sah ihn gehässig an.  
„Worin soll ich dir gehorchen?“  
„Das werde ich dir schon sagen, wenns Zeit ist. Vor allem verlange ich, daß du mit mir zusammenlebst und nicht mit der Sippchaft, die eben mein Haus verlassen hat. Meine Interessen sollst du dir zu eigen machen, um mein Wohl sollst du dich vor allem kümmern... Ich habe dich geliebt, Weib. Du hast ja nicht gewußt, was du mir warst. Wenn du mit nur ein bißchen von deinem Herzen gegeben hättest, hättest du mit mir machen können, was du wolltest. Aber nein! Ich war für dich nur der Tölpel, der gut genug war, Geld herzugeben, immer wieder Geld für deinen Luxus, für deine Hungerleider von Verwandten. Daß du so dumm warst und nicht einsahst, daß, wenn man so viel nimmt, man auch was geben muß, aus reiner Klugheit, damit der Tölpel bei guter Laune bleibt! Aber du! Je besser ich zu dir war, desto mehr hast du mich verachtet. Je reicher ich dir meine Liebe offenbarte, desto mehr hast du darin den Grund gesehen, mich an die Wand zu pressen. Wenn es nach dir gegangen wäre, hätte ich mit den Diensthöten zusammen geseßen. Du hättest mich am liebsten verleugnet vor deiner Gesellschaft. Vieher Himmel, wenn du bloß eine Ahnung hättest, wieviel mehr wert ich bin als die ganze Klasse. Wenn von deren Dasein kein Mensch mehr eine Ahnung hat, dann wird man sich meiner noch erinnern. Ich

habe Arbeiten verrichtet, die nicht zugrunde gehen. Aber du bist ja unfähig, den wirklichen Wert eines Menschen zu schätzen. Du hast Idioten wie Holleder, und wie sie alle heißen, die nichts können, als sich die Fingernägel reinmachen, gegen mich vorgezogen. Du hast dich meiner geschämt.“  
„Das sind ja alles nur deine Einbildungen,“ erwiderte Anna.  
„Ich habe dich niemals unterschätzt und habe auch nie irgend jemand dir vorgezogen. Das ist einfach nicht wahr.“  
„Was?“ schrie er. „Meinst du, ich wäre blind gewesen die drei Jahre lang? Ja wahrhaftig, ich war blind und blind! Aber dann sind mir die Augen aufgegangen. Weißt du, wann? Als ich allein an dem Tisch saß, wie ich von Segedin zurückgekommen bin, bei der Bräutereineinweihung. Da habe ich mich geträumt vor Schmerzen wie ein Tier, das man langsam umbringt. Du wußtest, was ich vorher durchgemacht hatte. Die Qualen, die ich ausgehalten hatte. Das hast du in meinen Briefen gelesen. Du wußtest auch, was mir bevorstand. Aber dich hat das nicht gekrämmt, du hast dir den Champagner schmecken lassen und bist nicht zu mir gekommen und hast gesagt: Wir wollen machen, daß wir fortkommen. Sie haben vor, dir einen bösen Streich zu spielen... Nein, du bist ruhig geblieben, du hast dich auf die Schande gefreut, die man mir antun würde.“  
„Das ist nicht wahr! Ich hab's nicht gewußt. Sonst wär ich wohl nicht gekommen!“  
„Warum bist du dann nicht mit mir aufgestanden und hast gesagt: Mein Mann hat recht. Ich ist unrecht geblieben. Ich mag nicht mit Betrügern am Tisch sitzen... Aber du! Du hast mit meinen Feinden gemeinsame Sache gemacht. Du hast dich nicht um mich gekümmert, was mir in der Nacht zustößen würde, weder in dieser noch in den folgenden.“  
„Ich habe mich wohl um dich gekümmert.“  
„Ja, Polizisten hast du mir auf den Hals geschickt, die mich einfangen sollten. Das war deine Fürsorge. Du hast mich an die Kerker ausgeliefert. Was ich dir im Schlaf anvertraut habe, weiß ich noch an deine Treue glaubte, hast du ihnen verraten. Und als ich dann krank und von allen verlassen nach Haus kam, da habe ich in meinem Zimmer gesehen und gehorcht, gelauert und gelauert. Ich dachte, sie wird zu dir kommen, dein Weib, das dir alles verbant, und sagen: Wenn alle Welt dich verläßt, ich bleibe treu zu dir, ich teile Freud und Leid mit dir. Aber was tatest du? Als wenn ich ein Stück Holz wäre. Bist du an mir vorbeigegangen. Hast mich der Ohhut fremder Leute anvertraut. Und mit den Leuten, die mich verfolgten, hast du gemeinsame Sache gemacht. Weib, wie bist du unbarbar gegen mich gewesen! Ich habe ja die schlimmste Unbarbarkeit ertragen, ich bin betrogen, mit Fuhrtritten heimgeschickt, alles das hätte ich überstanden, ich hätte mich wieder heraufgerappelt. Aber daß du unbarbar warst, du Teufel, du! Du bestie! Du hast an mir ge-trevelt! Wie eine Dirne hast du dich betragen — und das sollst du büßen!“

Fortsetzung folgt.

mitgegeben hatte, wirkte nicht nur auf seine zahlreichen unmittelbaren Schüler und Anhänger, sondern auch auf Franzosen und Italiener, auf die Skulptur und auf die Illustrationen der Erbauungsbücher. Diese Empfindung und rührende Schönheit, eine weiche Anmut und eine von aller Welt abgekehrte Dignität in dem Werk des Meisters, und leinam ist es so wie ihm gelungen, jene schijnliche Romantik vom Anfang des vorigen Jahrhunderts, jene schwärmerische Inbrunst frommen Glaubens in Gestalten und Formen auszudrücken. Daß Overbeck aber auch ein trefflicher Bildnis-maler war, der sich nicht nur seinen Visionen hingab, sondern auch die Wirklichkeit mit hundert Kreuze darzustellen wußte, hat man zuerst auf der Jahreshausausstellung von 1806 wieder erkannt, wo ein paar vorzügliche Bilder von ihm zu sehen waren.

Als Sohn eines Lübecker Bürgermeisters am 3. Juli 1789 geboren, war der Knabe von Anfang an mystischer Schwärmer zugehört, und die „Herzenergüsse“ eines kunstliebenden Klosterbruders von Wakenroder, dies glühende Kunstbekenntnis der romantischen Dichtung, das zur Nüchternheit der bildenden Kunst werden sollte, fanden in seinem Gemüt den stärksten Widerhall. So stand er denn fremd während seines Studiums an der Wiener Akademie unter den für das antike Heidentum begeisterten Klassizisten und machte mit seiner dem Jenseits zugewandten Seelenwelt die anderen Akademieschüler so rebellisch, daß man ihn gezwungen von der Wiener Kunstschule fortjagte. Nun ging er mit den gleichgesinnten Freunden, die sich um ihn gesammelt hatten, nach Rom; im verlassenen Kloster St. Jiboro bezog jeder eine Zelle, und aus der von Overbeck begründeten Sekte der „Klosterbrüder“ wurden dann die Nazarener, ein Name, der noch heute die Vertreter dieser romantisch-religiösen Kunst bezeichnet. Den geistigen Mittelpunkt dieser Richtung bildete die fanatisch-leidenschaftliche und zugleich edel-reine Persönlichkeit Overbecks. An künstlerischen Schöpfungen stellte ihn freilich Cornelius in den Schatten. Doch hat der stille träumerische Lübecker sowohl bei den Freskenmalereien der Casa Varicholdy wie der Villa Massimo, den grundlegenden Arbeiten der Schule, sehr Feines geleistet, besonders in der Darstellung der „sieben mageren Jahre“, in denen die Feinheit der Zeichnung sich mit der Kraft des Ausdrucks paart. Overbeck ist Präzisaclit in einem noch höheren Sinne, als es die späteren englischen Meister dieses Namens waren, die übrigens in ihrem Zurückgehen auf die Kunst des italienischen Quattrocento von denselben Stichen Rippenbauens beeinflusst wurden wie Overbeck. Er läßt sogar von Raffael nur die Zeit gelten, die er unter dem Einfluß Perginios verbrachte, und verwarf seine späteren „weltliche Manier“. Aber so sehr er sich auch an italienische Vorbilder anlehnte, die Kunst dieses Meisters, der sein Leben in Rom verbrachte, blieb doch urdeutsch. Es ist der Geist deutscher Trümmerei, deutschen Gemütes und einer stillen deutschen Anmut, der aus allem spricht, was er geschaffen, aus dem Kolossalbilde des „Triumphes der Religion in den Künsten“ im Frankfurter Museum wie aus seinen unzähligen Zeichnungen zur Heiligen Geschichte. So wird der „Vater der Nazarener“ als einer der wenigen wirklichen Heiligenmaler der neueren Zeit fortleben.

### Merktblatt für Kriegsbeschädigte.

Auffecken! Auszeichnen!

a. Wie wird für Kriegsbeschädigte bis zur Entscheidung auf ihre Versorgungsansprüche gesorgt?

1. Den Kriegsbeschädigten, die infolge Auflösung des alten Heeres mit dem 31. 5. 1919 entlassen werden mußten und die vor diesem Zeitpunkt bei ihren Truppenteilen Versorgungsansprüche gestellt haben, können auf Antrag von den Truppenteilen bezw. Abwärtungsstellen Gebührensätze in Höhe der sonst zu zahlenden Urlaubsgebühren und im Falle dringenden Bedürfnisses von den amtlichen Fürsorgestellen Unterhaltungen vorzuschüsse für Rechnung der Militär-Verwaltung gewährt werden, wenn sie sich verpflichten, sich die gezahlten Beträge auf die für die rückliegende Zeit etwa nachträglich zuständig werdenden Versorgungsgebühren anrechnen zu lassen.

2. Kriegsbeschädigte, die nach ihrer Entlassung Versorgungsansprüche geltend machen, können sofern der Anspruch nicht von vornherein als unbegründet abschlägig beschieden wird, auf Antrag von dem zuständigen Bezirkskommando vorzuschüsse Unterhaltungen erhalten, wenn sie diese auf die für die rückliegende Zeit etwa nachträglich zuständig werdenden Versorgungsgebühren anrechnen lassen. Sollten die Zuschüsse und die vorzuschüsse gezahlten Unterhaltungen (a. unter 1 und 2) gegen die für die rückliegende Zeit zuständigen Versorgungsgebühren nicht aufgerechnet werden können oder Versorgungsgebühren überhaupt nicht zuständig sein, so können die nicht gedeckten Beträge in Ausgabe verbleiben.

3. Die Kriegsgefangenen, die aus den Durchgangslagern oder bei etwaiger Lazarettbehandlung von den Lazaretten, unmittelbar in die Heimat entlassen werden, melden ihre Versorgungsansprüche bei dem für ihren Wohnort zuständigen Bezirkskommando (Bezirksfestwache) an. Es liegt im Interesse dieser Kriegsgefangenen, wenn die Anmeldung innerhalb eines Monats, von der Entlassung ab gerechnet, erfolgt. Für die Kriegsgefangenen gelten im übrigen die Ausführungen zu 2.

b. Worauf sind Verzögerungen in der Prüfung von Versorgungsansprüchen und in der Zahlung von Versorgungsgebühren zurückzuführen?

Das durch die zeitweise gestörten Entlassungen gewaltige Anwachsen der Zahl der Versorgungsansprüche, der Mangel an eingetragenen Personal bei der Versorgungsstellen, die bisher bestanden, Unklarheit der Befähigung seiner Zukunft, die zu einer verfrühten Abwanderung führte und nicht zuletzt die zum Teil ungenügenden Unterhaltungsverhältnisse der Dienststellen haben zur Verzögerung der Versorgungsarbeiten beigetragen. Hierzu wird beitragen, wenn die jetzige Übergangszeit und die Verlebenswechsel überhand nehmen. Durch die Erhöhung der Sachstände, die Erhaltung und mögliche Verköhlung der Qualitätsarbeiter hofft man die Reparatur auch dann bewältigen zu können, wenn es infolge der Unklarheit und gestörten Entlassung der Kriegsgefangenen weiterhin gewaltig anwächst wird. Große Schwierigkeiten macht in manchen Fällen die Feststellung der Dienstleistungszeit infolge der langen Dauer des Krieges und der großen Zahl der für die notwendigen Erhebungen in Frage kommenden Truppenteile, Schwierigkeiten, die durch die schnelle Auflösung des alten Heeres noch erheblich vergrößert worden sind.

Infolge der im Laufe der letzten Jahre eingetretenen Ermäßigungen der Versorgungsgebühren, Rentenzuschläge, Feuerungszulagen usw. haben sich die Dienststellen in vielen Fällen auf Grund der Dringlichkeit aller Akten mehrmals mit ein und demselben Grade befaßt müssen, wodurch ebenfalls Verzögerungen herbeigeführt worden sind. Die in Arbeit befindliche Reform der Militär-Versorgungsgeetze wird in dieser Beziehung Abhilfe schaffen. Durch die feindliche Besetzung deutscher Gebiete in Westen und Osten, von der Feinden wiederholt angeordnete Razzien und Abfuhrschlagnahme und die Verhinderung des Schnellverkehrsverfahrens sind die Versorgungsarbeiten gleichfalls erheblich gestört worden, zumal eine Reihe von Versorgungsstellen verlegt werden mußte.

In Fällen, in denen das Aktenmaterial nicht zu erlangen ist, sollen neue Unterlagen unter Zugrundelegung der Angaben der Antragsteller und etwa von ihnen benannter Zeugen beschaffen werden, um daraufhin die Prüfung durchzuführen. Die Zahlung von Beträgen gegen Versorgungsgebühren hat im Besonderen...

meinen Ihren ordnungsmäßigen Fortgang genommen. Die Feststellung und Auszahlung der Rentenzuschläge konnte bei der großen Zahl der in Betracht kommenden Personen nur langsam erfolgen.

Zur Vermeidung von Verzögerungen in der Prüfung von Versorgungsansprüchen können die Antragsteller durch genaue Angaben über die Truppenzugehörigkeit — auch über die Kompanie-nummer — selbst viel beitragen. Auch liegt es in ihrem Interesse, wenn sie den für ihren Wohnort zuständigen Bezirksfestwache dauernd über ihren Aufenthaltsort, selbst bei nur zeitweiliger Abwesenheit, auf dem laufenden halten. Dadurch ist die Erledigung etwa erforderlicher Rückfragen und ärztlicher Untersuchungen, sowie die Zustellung von Bescheiden oft schneller möglich.

c. Zahlung von Versorgungsgebühren in den laut Friedensvertrag abzutretenden Gebieten.

Die Versorgungsgebühren in den abzutretenden Gebieten werden einstweilen widerruflich vorzuschüsse weitergezahlt, auch falls die Bezugsberechtigten nach den Bestimmungen des Friedensvertrages die deutsche Reichsangehörigkeit verlieren und die Bezüge demgemäß an sich zu ruhen hätten. Die Erstattung bezw. Fortgewährung dieser Bezüge seitens der neuen Staaten wird zum Gegenstand besonderer Verhandlungen gemacht werden.

d. Abfindung mit dem Entlassungsantrag.

Die Vermeidung der ungeheuren Zahl von Entlassungsanträgen ist vielfach durch Stoffmangel, Transportschwierigkeiten, Diebstähle und Streiks verzögert worden. Die Heeresverwaltung hat stets mit allen Mitteln an der Befähigung der Schwerkranken gearbeitet und wird auch weiter alle berechtigten Ansprüche so rasch wie möglich zu befriedigen suchen. Wer nicht warten will, kann die zuständige Geldabfindung sofort erhalten.

Viele Verzögerungen sind darauf zurückzuführen, daß die Anspruchsberechtigten sich an eine falsche Stelle wenden; alle Entlassenen müssen ausnahmslos ihre Ansprüche bei dem für ihren Wohnort zuständigen Bezirkskommando vorbringen.

## Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 12. November

### Jeder verlorene Liter Milch pro Tag, der Tode eines Kindes!

Das deutsche Volk windet sich unter den Schmerzen einer unzureichenden Ernährung. Viele deutsche Landwirte hatten mit der Ablieferung ihrer Erzeugnisse zurück, bis im Frühjahr, wie man hofft, der Zentner Kartoffeln 40 Mk., das Pfund Fleisch 10 Mk., das Pfund Brot 1 Mk. kostet. Engländer müssen erst kommen, um den Abgrund zu zeigen, an dem uns die agrarische Ablieferungspolitik heranzuführt; unsere Agrarier scheinen es nicht zu wissen. In der bekannten englischen Frauenbewegung gegen die Ablieferungsforderung von 140 000 Milchlitern für die Entente hat der Professor Starling eine Denkschrift ausgearbeitet, welche zwei Sätze bringt, die eigentlich das Herz jedes deutschen Bauern und Gutsbesizers erzittern müßten: 1. „Jeder Liter Milch pro Tag, der Deutschland verloren geht, bedeutet den Tod eines Kindes!“ 2. „In Dortmund kann (wie eine englische Kommission feststellte) jedes fünfte Kind zwischen zwei bis sieben Jahren nicht laufen und viele werden immer Zwerge bleiben!“ Die entsetzliche Unterernährung unserer Kinder und Kranken mit Milch ist es in erster Linie, die solche furchtbaren Entartungsstadien herbeiführt. Und was sehen wir in den deutschen Dörfern? Dort wird Tag für Tag Milch literweise, zehn Liter, zwanzig Liter, in den Schweineerog geschüttet, damit die deutschen Viecher gedeihen. Die deutschen Kinder können ja sterben oder in Rachitis (englische Krankheit, Knochenweichheit, Gliederverkümmung) verkrüppeln! In die Städte kommt die Milch nur tropfenweise. Kann man die Granamkeit gegen das eigene Volk weiter treiben? Wir hätten deutsche Milch genug für die Kinder und Kranken der deutschen Städte, aber sie wird nicht ausgeliefert. Aus Dänemark und Holland sind wir gezwungen, für ein Sündergeld das Notwendigste einzuführen. Wie lange wird das deutsche Volk solche Zustände ertragen?

### Ueber die Wohnungsnot im Reich

gibt eine Statistik Antwort, die wir in der Nummer 9 des Reichsarbeitsblattes finden. Allerdings jagen diese Zahlen allein noch nicht genug. Sie geben uns kund, wieviel im 2. Quartal 1919 in deutschen Städten gebaut worden ist. Will man erfahren, wie kümmerlich dieser Wohnungszuwachs wirkt, in welcher großen Maße er noch heute hinter dem allernotwendigsten Bedarf zurückbleibt, dann müssen wir zum Vergleich die Verhältnisse heranziehen, wie sie vor dem Kriege bestanden. Während des Krieges hat die Bautätigkeit fast zu Null gesunken. Bekanntlich wird allgemein für notwendig gehalten, daß drei Prozent Wohnungen leerstehen. Sämt der Satz unter drei Prozent, so herrscht große Not. Dieser Satz wurde vor dem Kriege aber nur von einigen Städten erreicht. Er betrug in Hamburg 5,6 Prozent, Altona 4,7, Düsseldorf 4,2, Bilmersdorf 3,8, Schöneberg 3,4, Köln 3,1 und Kiel 3 Prozent. Aber auch diese Zahlen sprechen nicht gegen eine Wohnungsnot in diesen Städten, denn es kam schon damals vor allem auf das Vorhandensein von Kleinwohnungen an. In den weitaus meisten Städten herrschte jedenfalls schon damals Wohnungsnot, obwohl es damals wahrhaftig nicht nötig war. Die Not war in manchen Städten sogar schon damals überaus drückend. Es blieben nämlich manche Städte sogar unter ein Prozent, nämlich Hannover und Essen (je 0,3 Prozent), Bremen (0,7), Eberfeld (0,6), Sietlin (0,5) und Dortmund (0,3 Prozent). Wie ein Tropfen auf einem heißen Stein wirkt da der Wohnungsbau, der sich nach dem Reichsarbeitsblatt im 2. Quartal 1919 vollzogen hat. Unter den genannten 23 Städten von 50—100 000 Einwohnern sind nur neun, die einen Reinzugang von mehr als einem Wohngebäude hatten und unter den 42 Städten über 100 000 Einwohnern waren es nur 12. Und wenn mehr als ein Gebäude errichtet wurde, dann handelte es sich auch meist nur um zwei bis sechs Gebäude mehr. Allein Augsburg (29), Bremen (162) und Künzberg (1630) haben einen nennenswerten Zugang anzuweisen. Vor allem Bremen. Es erhebt sich hoch heraus aus allen deutschen Städten, und es ist ein Beweis dafür, daß etwas gegen diese furchterliche Wohnungsnot geschehen kann. Es sollte alle deutschen Städte hierin zur Nachahmung mahnen.

### Die Frauen und die Sozialisierung.

Der unzweifelhaft kommenden Sozialisierung legen sich — wie sollte es in der Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs anders sein — viele Hindernisse in den Weg, und doch ist die Sozialisierung auf dem Marsch. Hier erwacht unsere Frauen eine Aufgabe, deren Lösung eine Lat wäre. Frau Gertrud Lohdahl sagt das den Hausfrauen in ihrer leicht faßlichen Art:

Der Weg ist ganz einfach: wir müssen unsere Kaufkraft organisieren. Wir müssen uns den schon bestehenden Konsumgenossenschaften anschließen oder, wo noch keine vorhanden sind, uns eine solche Organisation schaffen. Mit unserem Einkauf beim Krämer und Bäcker schaffen wir Privatgewinn und aus dem Privatgewinn wird Privatkapital. Organisieren wir aber unseren Einkauf im Konsumverein, so hat nicht der Krämer oder Bäcker, sondern wir selbst haben den Gewinn. Lassen wir alle nun diesen Gewinn ganz oder zum großen Teil in der gemeinschaftlichen Kasse unserer Organisation, so bilden wir Gemeinheitskapital. Dieses wird für die Mitglieder der Genossenschaft nutzbringend angewandt zur Erweiterung der Organisation, die in absehbarer Zeit zur Eigenproduktion führen muß. Dadurch vermindert sich nicht nur der Handelsgewinn, sondern auch der Herstellungspreis in der Gemeinheitskassa. Wir verhindern also durch unseren organisierten Einkauf, daß sich aus dessen Handelsgewinn und Herstellungspreis Privatkapital bildet und treiben also dadurch einen Keil in die kapitalistische Wirtschaftsweise hinein, der uns in kürzester Fristen kann, je stärker unsere Konsumvereinsgenossenschaftsbewegung wird.

Der Weg ist nicht neu, haben wir doch solche Organisationen schon seit Jahrzehnten, die sich von kleinsten Anfängen zu großen, achtung gebietenden Betrieben entwickelt haben. Die einzelnen Konsumvereine haben zum großen Teil eigene Produktionsbetriebe, Bäckereien, Fleischerereien, Seltenerwasserfabriken, Reparaturwerkstätten usw., die den Bedarf für die Mitglieder selbst herstellen und dadurch erheblichen Gewinnsatzgewinn dem Privatkapital entziehen und der Gemeinschaft der Mitglieder zuführen. Die organisierten Konsumenten haben sich aber auch einen eigenen Großhandel in der Großeinlaufsgeellschaft deutscher Konsumvereine geschaffen und schalten hier also auch den Privatgewinn des Großhandels aus, der für den großen Bedarf der Mitglieder erheblich ins Gewicht fällt. Auch diese Großeinlaufsgeellschaft besitzt Eigenproduktbetriebe, bei deren Gewinnen natürlich daselbe zutrifft, wie bei den Eigenbetrieben der einzelnen Konsumvereine.

Diese Eigenbetriebe sind gemeinsames Eigentum und haben den Zweck, den Bedarf der Mitglieder zu befriedigen, sind Gemeinheitsbetriebe, sind sozialisierte Betriebe. Und an dieser Sozialisierung können wir alle teilnehmen, wir brauchen uns nur der Konsumvereinsorganisation anschließen und als treue Mitglieder an unseren Bedarf auch dort decken.

Die Frauen sind die Verwalterinnen des Einkommens ihrer Männer. Die Kaufkraft dieses Einkommens zu stärken, bedeutet jene Sparbarkeit über, die in unsere Gesamtwirtschaft einziehen muß, wenn wir nicht ganz und endgültig verelenden wollen. Welche Hausfrau möchte hier zurückstehen?

Erwarten wir deshalb keine Wundererwartungen von der Regierung, sondern gehen wir selbst, besonders wir Hausfrauen, mit unserem Haushaltsgeld und unserer Einkaufskraft an die Sozialisierung der Produktion durch Organisation unserer Verbräucher.

Streik und Technische Nothilfe. Dieser Tage ging uns vom Betriebsrat der F. L. e. d. e. r. folgende Zuschrift zu, die mir infolge des beschränkten Raumes, der uns zur Verfügung steht, leider erst jetzt zum Abdruck bringen können: „Am Dienstag, dem 4. November veröffentlichte der „Volksbote“ die Resolution, welche in einer Betriebsversammlung der Glenderwerft einstimmig angenommen worden ist. Der „Volksbote“ konnte es sich nicht verlagern, im Anschluß daran eine längere Fußnote zu setzen. Dies gibt uns Veranlassung, uns gegen eine solche Unterstellung zu wehren. Wir betonen ausdrücklich, daß die Resolution einstimmig angenommen worden ist. Wir haben uns durchaus nicht durch einen „stimmengewaltigen Mann“ einfangen lassen, sondern wir sind durch reifliche Ueberlegung und durch eine ausgedehnte Diskussion zu der Ueberzeugung gekommen, daß die besagte „Technische Nothilfe“ durchaus nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegt. Diesen Standpunkt vertret jeder, der sich an der Aussprache beteiligte, und wir weisen deshalb eine derartige Unterstellung weit von uns. Wir würden uns auch selbst das größte Unrechtszeugnis ausstellen. Es ist aber bezeichnend für die Auffassung des „Volksboten“, wenn er glaubt, daß auf eine solche Art und Weise die Annahme dieser Resolution zustande gekommen ist. Die Gründe und die Behauptung des Hamburger Referenten sowie des „Volksboten“ sind durchaus nicht stichhaltig, sondern sie sind entweder an den Haaren herbeigezogen oder vollständig falsch. Es wird gesagt, das Streikrecht soll nicht angezweifelt werden; die „Technische Nothilfe“ richtet sich nicht gegen das Streikrecht an sich, sondern nur gegen einen Mißbrauch des Streikrechts. Nun, lieber „Volksbote“, wer entscheidet darüber, wann ein Streik berechtigt ist oder nicht? Bei den heutigen Verhältnissen und bei den heutigen Preisen für Lebensmittel wird die Arbeiterschaft geradezu gezwungen, um einigermaßen leben zu können, wirtschaftliche Forderungen zu erheben. Und wenn nun diesen berechtigten Forderungen von Seiten der Arbeitgeber nicht stattgegeben wird, dann wird von der Waffe Gebrauch gemacht, die uns von Seiten unserer Führer bisher als die einzige Waffe im wirtschaftlichen Kampfe bezeichnet worden ist, und die wir nun auch reiflos auszunutzen bereit sind. Wenn nun von denselben Führern heute dafür gesorgt wird, daß das Streikrecht dadurch illusorisch gemacht werden soll, indem man einfach eine Truppe oder eine Einrichtung ins Leben ruft, die darauf hinausläuft, den betroffenen Betrieb aufrechtzuerhalten, und hinterher erklärt man uns, das alles geschieht im Interesse der Allgemeinheit, dann werden wir uns unsererseits die Frage auf, ob man uns bei früheren Streiks denn belogen hat? Denn bis jetzt hat uns immer nur eine Minderheit gestreikt, und die Allgemeinheit mehr oder weniger darunter leiden müssen. Wenn man alle die Streiks verhindern will, dann darf man nicht zu Mitteln greifen, die nur das Gegenteil von dem hervorgerufen können, was sie eigentlich bezwecken sollen, sondern man muß die Ursachen des Streiks aus der Welt schaffen. Nachdem man aber eingesehen hat, daß man Streiks mit Maschinengewehren und Handgranaten nicht verhindern kann, ist man auf andere Mittel und Wege verfallen, um einen Streik unmöglich zu machen, und dieses ausgeklügeltste Mittel glaubt man in der „Technischen Nothilfe“ gefunden zu haben, nur mit dem Unterschiede, daß man versucht, die Arbeiter selbst dafür einzufangen. Die Arbeiterschaft soll Streikbrecher aus ihren eigenen Reihen stellen! Auf diese Weise glaubt man einen Streik verhindern zu können. Wenn man heute auch nur sagt: es kommen nur lebenswichtige Betriebe dafür in Frage, so sind wir der festen Ueberzeugung, daß man damit sehr viel Mißbrauch treiben wird. Der „Volksbote“ befürchtet es übrigens selbst. Er glaubt es aber verhindern zu können, indem er empfindet, die Arbeiterschaft habe es in der Hand, Mißbräuche zu verhindern, indem sie sich an der „T. N.“ beteiligt. Wir betonen nochmals, daß wir erst nach reiflicher Ueberlegung die Resolution angenommen haben. Wir empfehlen den maßgebenden Instanzen, der gesamten Arbeiterschaft Gelegenheit zu geben, zu der so tief einschneidenden Frage Stellung zu nehmen, und sie werden es dann erleben, daß die Arbeiterschaft ganz anders denkt, als man anzunehmen glaubt.“ — Wir sind nicht willens, diese neue Zuschrift lang und breit zu widerlegen. Wir könnten ja doch mit Engels- und Himmelszungen reden und würden trotzdem den Betriebsrat der Glenderwerft nicht zu einer anderen Ansicht über die Technische Nothilfe bekehren können. Es gibt nun einmal Leute, die unbeekehrbar sind, weil sie sich eines andern nicht belehren lassen wollen. Man hält uns entgegen, daß man erst nach reiflicher Ueberlegung und eingehender Aussprache zu dem Beschluß gekommen sei, der Technische Nothilfe zu widersprechen. Wir sind keineswegs abgeneigt, das irgendwie im Zweifel zu stellen. Aber trotzdem scheint uns, daß man sich mit dem wirklichem Wesen der T. N. nicht genügend vertraut gemacht hat. Allein schon der Umstand, daß man die Frage aufwirft, nicht genau zu wissen, ob man früher oder jetzt über den Streik als Waffe von den Führern „belogen“ worden sei, beweist, daß man der ganzen Frage nicht ohne eine gewisse Voreingenommenheit gegenübersteht. Bei einer so vorgefaßten Meinung war ganz selbstverständlich ein anderer Beschluß, als ihn die Betriebsversammlung der Glenderwerft gefaßt hat, gar nicht zu erwarten. Wer die schwierige wirtschaftliche Lage, in der sich unser Volk und unser Land gegenwärtig befindet, so ganz und gar außer Betracht läßt und mit einer Gleichgültigkeit von 0,5 sich einfach auf den mehr als bequemen Standpunkt stellt, daß auch früher schon die Allgemeinheit mehr oder weniger unter einem Streik zu leiden gehabt hat, mit dem ist nicht zu rechnen; aber wir beneiden ihn wirklich nicht um die leichtfertige Auffassung der wirtschaftlichen Verhältnisse von jetzt. Sollte das wirklich die Meinung der gesamten Arbeiterschaft der Glenderwerft sein? Wir glauben das kaum. Wir kennen eine ganze Reihe von belommenen Arbeitern, die durch ihre langjährige gewerkschaftliche Schulung dagegen gefeit sind, sich so spielend leicht mit dieser Frage abzufinden. Der Kernpunkt der ganzen Zuschrift ist: Wer entscheidet darüber, ob ein Streik berechtigt oder nicht? Aber gerade diese Frage zwingt uns, wie von oben hin man der ganzen Sache näher getreten ist. Ist denn niemand aufgetreten, der diese Frage sofort beantwortet hat? Hat niemand unverzüglich festgestellt, daß sich das Gewerkschaftsstatut Lübeck, die Zusammenfassung der Gewerkschaften, ausdrücklich vorbehalten hat, darüber selbst zu bestimmen, ob es sich um die Befriedigung eines lebenswichtigen Betriebes handelt oder nicht? Im Bezirk Lübeck ist also ein Eingreifen...

der T. N. hane Zustimmung des Gewerkschaftsrates rundweg unmöglich. Wir meinen deshalb, daß damit alle irgendwie erforderlichen Sicherheiten gegeben sind. Das könnte auch der Beleg dafür sein, daß der Wert genügen — wenn sie nur ohne Voreingenommenheit der ganzen Frage gegenüberstehen sollte.

**Wahlbestimmung und Erwerbslose.** Die Erwerbslosenunterstützung wird nach einer Verfügung des preussischen Ministers des Innern an Personen weitergegeben, die an den Wahlbestimmungen in den Wahlbezirken teilnehmen und eine entsprechende Bescheinigung des Gemeindevorstandes beibringen. Diese Bescheinigung wird selbstverständlich auch für Rückzahlung haben.

**Eine Ausschussung der Ortskrankenkasse fand am Dienstag** abend in Anors Restaurant statt. Zunächst wurde über die Teuerungszulagen an die Kassengestellten verhandelt. Der Vorstand gab bekannt, daß etwa 60 Angestellte in Frage kämen. Geordert wird eine Teuerungszulage in der gleichen Höhe wie die der Staatsbeamten: 1200 Mk. für Verheiratete, Ledige 720 Mk. und für jedes Kind 200 Mk. Ingesamt würde diese Forderung eine Mehrausgabe von etwa 100 000 Mk. verursachen. 500 Mk. hat der Vorstand den Verheirateten und 300 Mk. den Ledigen bewilligt. Die Bewilligung weiterer Beträge überläßt er dem Ausschuss. In längerer Aussprache weist Gen. Timmermann unter anderem darauf hin, daß die Gehälter der Angestellten in Wochenlohn umgerechnet einschließlich der bisher bewilligten Teuerungszulagen als Höchstmaß 113 Mk. betragen und bis auf 88 Mk. heruntersinken. Den Beamten müsse daher unbedingt geholfen werden. Von einigen Rednern wird betont, die Beamten hätten gegenüber den Arbeitern manche Vorteile, weil sie nicht mit Arbeitslosigkeit zu rechnen hätten und in Krankheitsfällen ihr Gehalt, wenigstens auf sechs Wochen, weiterbezogen. Wenn dieses berücksichtigt würde, ständen die Beamten sich keineswegs schlechter als die Arbeiter. Die meisten Redner traten für Bewilligung der Forderungen ein. Beschlüssen wird, unter Anrechnung der vom Vorstand schon bewilligten Summe, die Teuerungszulage in der geforderten Höhe zu bewilligen. Dann wird die am 1. Oktober durch Reichsgesetz in Kraft getretene Wochenbeihilfe besprochen. Die Mehrausgaben werden pro Jahr mit 250 000 Mk. veranschlagt. Da auch die Medizin immer teurer wird und auch sonst noch erhöhte Ausgaben bevorstehen, wird mit einer Mehrausgabe von 400 000 Mk. gerechnet. Der Vorstand schlägt daher vor, den Kasseneintrag auf sechs Hundertstel des Grundlohnes festzusetzen. In der lebhafte Aussprache wird angeregt, die Beiträge gleich auf sieben Hundertstel heraufzusetzen, um die Beiträge (Krankengeld) zu erhöhen. Beschlüssen wird, der Vorstand möge Berechnungen anstellen, welche Beiträge mit einem erhöhten Beitrag auf sieben Hundertstel gemehrt werden können. Zu diesen Vorschlägen will man dann im Dezember Stellung nehmen. Für Heilmittel ist der Betrag von 50 auf 100 Mk. heraufgesetzt worden. Zum Schluß wurde der Vorstand ersucht, mit den übrigen Krankenkassen sich in Verbindung zu setzen, um zu verhindern, daß wenn ein Arbeiter im Laufe der Woche seinen Arbeitgeber wechselt und einer anderen Kasse beitreten muß, er nicht wie bisher für diese Woche an zwei Kassen Beiträge zu zahlen braucht.

**Wacht auf den Kartoffelkrebs.** Die Einfuhr ausländischer Kartoffeln erhöht die Gefahr der Einschleppung des Kartoffelkrebses. Alle diejenigen, die den Kartoffelkrebs an den vom Händler gelieferten Kartoffeln zu beobachten glauben, werden gebeten, sofort der staatlichen Pflanzenschutzstelle (Lübeck, Museum am Dom) Mitteilung zu machen. Der Kartoffelkrebs ist daran zu erkennen, daß sich an den Kartoffeln blumenblätterartige dunkelbraun gefärbte Auswüchse finden. Die Uebertragung des Kartoffelkrebses auf die Felder kann nicht nur durch die Verwendung kranker Kartoffeln erfolgen, sondern schon durch Verbreitung von Teilen kranker Kartoffeln durch die Müllabfuhr, ja sogar durch die Verwendung von Dünger, der von Tieren, die mit Unfällen kranker Kartoffeln gefüttert worden sind, stammt. Es ist deshalb besonders im Interesse unserer ausgedehnten Kleingartenwirtschaft größte Vorsicht geboten. Die staatliche Pflanzenschutzstelle wird im Falle der Beobachtung der Krankheit sofort die nötigen Schutzmaßnahmen veranlassen. Dem Meldeben selbst kann aus der Anmeldung keinerlei Schaden erwachsen, so daß niemand an einer Verheimlichung, wie sie anderwärts oft beobachtet worden ist, Interesse hat.

**Vorsicht beim Einkauf von Seife.** Die Seifen-Herstellung und Vertriebs-Gesellschaft macht darauf aufmerksam, daß auf den jetzt zur Verteilung kommenden 100-Gramm-Seifenstücken, die aus deutschen Seifenfabriken stammen, neben dem Stempel „Reine Kernseife“ oder „Feinseife“ auch der Preis eingestanzelt ist, und zwar kostet Feinseife 1,20 Mk. und Kernseife 0,80 Mk. das Stück. Wer mehr fordert, muß zur Anzeige gebracht werden.

**Die Schuhfürsorge** macht darauf aufmerksam, daß Hauschuhe, welche für den Weihnachtsfest bestimmt sind, jetzt in Arbeit gegeben werden müssen. Auch werden wieder Reparaturen, sowie Neuanfertigung, auch auf Holzsohlen entgegen genommen. Geöffnet ist die Schuhfürsorge täglich von 8 bis 6 Uhr, Königstraße 19, Zimmer 8.

**Einen Aufruf zur Vinderung der Not** alleinstehender alter Frauen, die in Stiften oder in einfacher Dachkammer hausen und in dieser Zeit aufs kümmerlichste ihr Leben fristen, sowie anderer, die einst bessere Tage gesehen haben und nun bitter leiden, erlassen die hiesigen Geistlichen. Zur wirklichen Hilfe bedürfte es erheblicher Mittel.

**Stadtheater.** Am Freitag wird als zweite Vorstellung im Opernhaus „Der Dorfbarbier“ und der „Doktor und Apotheker“ gegeben.

Die Opern zählen zu den ältesten römischen Opern und haben den deutschen Spielplan jahrelang beherrscht.

**Santa-Theater.** Bis Sonnabend einschließlich geht allabendlich die mit großem Beifall aufgenommene Ostar Straußsche Operette „Eine Ballnacht“ in Szene. Für den Sonntag abend wird die Uraufführung von „Heinrichchen“, Singspiel in drei Akten von Carl Zimmer, vorbereitet.

**Diebstähle.** Aus einem Arztzimmer des hiesigen Allgemeinen Krankenhauses ist in der Zeit vom Freitag bis Montag, den 10. ds. Mts. eine bronzene Statue, etwa 45 cm hoch, einen stämmigen Offizier darstellend, gestohlen worden. Die Statue ist auf einem schwarz-grauen Marmorsockel mit weißen Adern befestigt. — Am Montag, dem 10. ds. Mts. ist von dem Klur eines Hauses in der Holstenstraße ein Motorrad, Marke „Wanderer“, mit dem Erkennungszeichen „S. L. 63“ gestohlen worden. Das Motorrad von 2 PHL-Stärke trägt die Fabrikmarke 13 604 und 275 130.

## Aus dem Parteileben.

**Genosse Dr. Singheimer,** Mitglied der Nationalversammlung und des parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt a. M. zum ordentlichen Honorarprofessor für Arbeiterrecht berufen.

## Arbeiterbewegung.

**Das Ende des Berliner Metallarbeiterstreiks.** Der Deutsche Metallarbeiter-Verband teilt mit: Die in den Betrieben vorgenommenen Urabstimmungen haben ergeben, daß die Voraussetzungen für die Wiedereinführung des Streiks nicht mehr gegeben ist. Durch die Abstimmung ist die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Entsprechend dieser Urabstimmung hat die IBER-Kommission beschlossen: Der Streik wird für beendet erklärt.

**Arbeitsgemeinschaft.** Die Arbeitgeber- und Arbeiter-Organisationen des Handels haben in Berlin eine paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgemeinschaft des Handels ins Leben gerufen.

## Reich und Ausland.

**Den eigenen Freund ermordet.** Das Kriegsgericht in Thorn verurteilte einen 19jährigen Pionier zum Tode. Der junge Mann beging Unterschlagungen und trieb sich dann in den Wäldern umher. Als ein ihm befreundeter Pionier warmes Essen in den Wald brachte, tötete er diesen, um seine Kleider rauben zu können.

## Theater und Musik.

**Das zweite Sinfonie-Konzert** des Vereins der Musikfreunde stand im Zeichen von Hector Berlioz, Frankreichs erstem und bis jetzt auch größtem Programmist, dem einst Robert Schumann die Wege in Deutschland gebahnt hat. Franz v. Hoeßlin hatte die Ouvertüre zur Oper „Beatrice und Benedikt“, der Shakespeares Lustspiel „Viel Lärm um nichts“ zugrunde liegt, und die Liebeszene aus der dramatischen Sinfonie „Romeo und Julia“ erwählt. Beide Tondichtungen geben von der Schaffensweise Hector Berliozs einen guten Ueberblick. Mit Recht dürfte Berlioz ganz besonders die Liebeszene aus „Romeo und Julia“ zu den ihm am meisten ans Herz gewachsenen Kindern seiner Muse zählen. Es ist eine der farbenprächtigsten, zartesten und feinsten Tondichtungen, die die Musikliteratur überhaupt aufweist. Alles, alles ist in Poesie und Stimmung getaucht. Wie Bruno Schradet, der Biograph von Berlioz, zutreffend sagen darf, ist diese Liebeszene (jebermann kennt sie aus Shakespeares „Julia auf dem Balkon, Romeo im Garten, heißes Umarmen, sehnsüchtiger, liebestraumer Jünglings Abschied): „ein Frühlingsnachtsbühl sondergleichen, mit Blätterwirbeln, Blütenstaub, Nachtigallengefang und Liebesbeschwörung.“ Franz v. Hoeßlin holte bei der Wiedergabe alle Feinheiten der Partitur heraus und dichtete dieses Frühlingsnachtsbühl noch einmal nach. In dem Orchester fand er tatkräftige Unterstützung. Das war ein Schmelzen in entzückendem Wohlklang bei den Violinen und den anderen Streichinstrumenten! Die Liebeszene wurde wirklich hinreißend schön gespielt. Den Auftakt zum Konzert bildeten Beethovens bekannte „Egmont“-Ouvertüre mit ihrem zwar nicht gerade hinreißendem, aber solchem Freiheitspathos, und Mozarts „Schwanengesang“, die Sinfonie in Es-Dur mit ihrem köstlichen Andante, das vom Orchester mit besonderem Schmelz und Schwung zum Vortrag gebracht wurde, während das köstliche Menuett allerdings mich etwas enttäuschte. Hier waren die Farben nicht fast genug gewählt. Seinen Ausklang fand das Konzert mit „Tod und Verklärung“, der bekannten Tondichtung von Richard Strauss, die Sinfonie malt Strauss! Seite um Seite blättert er im Lebensbuche des Armen, der sich auf seinem Todeslager wälzt, um ein ganzes Menschenjährling mit all seinen Kämpfen und Widrigkeiten findet musikalisch seinen Ausdruck. Bis dann der Allerbarmer Tod kommt, und den schwachen Erdenseib entweibdrückt. „Über Tod, wo ist dein Stachel, Hölle, wo ist dein Sieg!“ Liebliche

verklärende Töne reifen den Menschenkämpfer ins Meer der Verzweiflung. Auch bei dieser Tondichtung zeigte Franz v. Hoeßlin sein feines Verständnis, sich in die Musik eines andern einzufühlen und sie mit seinem Geiste zu durchdringen. Willig folgte ihm dabei das Orchester vom ersten Geiger bis zum Trommler. Die Zuhörer schaffte stand voll und ganz im Banne der Tondichtung und freute sich der trefflichen musikalischen Nachschöpfung. Sie quittierte dankend mit Beifall.

**Santa-Theater.** Die Leitung unserer Operettenbühne in der Moislinger Allee hat nicht lange gezögert, die neueste Operette von Ostar Strauß dem Spielplan einzuverleiben. Wie schon im „Wassertraum“ und seinen anderen Operetten, so erweist sich Ostar Strauß auch in seiner neuesten, die den Titel „Eine Ballnacht“ trägt, als ein Meister, der auf seiner Palette viele bunte Farben hat und sie auch zu mischen versteht. Dazu fehlt es ihm nicht an einschmeichelnden langbaren Melodien, so daß seine Musik immer unterhaltend ist, niemals das Gefühl von Langeweile aufkommen läßt. Den Text hat er sich von Leopold Jacobi an und Robert Bodansky schreiben lassen, die ja darin bereits eine gewisse Übung besitzen. Das Libretto ist kurzweilig, wenn es auch an sich irgend einen neuen Gedanken vermissen läßt, weshalb wir auf die Wiedergabe des Inhalts ruhig verzichten dürfen. Es sind durchweg die alten Gestalten, denen wir in der Operette schon hundertfach begegnet sind. Im Mittelpunkt dessen, was man so die Handlung zu nennen pflegt, steht ein kleines Ledermädelchen, das für eine Ballnacht einmal eine Gräfin spielen darf, bis dann der eifersüchtige Liebhaber den schönen Wahn jämmerlich zerstreut. Das sentimentale Couplet „Träumst von Glück, du dummes Mädel“, das die kleine Miti Schöngrubers singt, ist der Clou vom Ganzen. Wir wohnen der Uraufführung am Sonnabend bei. Leider ließ sie vieles — am liebsten möchten wir sagen: alles — zu wünschen übrig. Wir erinnern uns jedenfalls nicht, hier und anderswo schon jemals in den letzten drei Jahrzehnten einer so mäßigen Operettenvorstellung beigewohnt zu haben. Der gute Ostar Strauß würde sich die wenigen Haare, die er noch hat, rausgerauft haben, wenn er Seite an Seite mit uns hätte auskosten müssen, was man aus seiner neuesten Operette gemacht hatte! Das ganze hatte keinen Schwung und Schneid und die sentimentale Tunte, ohne welche die neuen Wiener Operetten ohnehin zu einem faden Aufguss werden, hatte man so vermehrt, daß von ihr nichts mehr übrig geblieben war. Die paar Mannequins, die man im ersten Aufzuge über die Bühne wirbelte, konnten den Kohl auch nicht gerade fett machen, ganz abgesehen davon, daß die entsetzlich langen Pausen von fast einer halben Stunde den Aufenthalt in dem nicht geheizten Theater nicht gerade angenehmer machten, vielmehr noch dazu beizugaben, die Stimmung zu verschlechtern. Aber das sind schließlich immer nur Neuzuglichkeiten. Das Schlimmste war, wie bereits angedeutet, der ganze mäßige Zuschnitt der Darbietung. Gewiß, die Ausgaben sind heute für die Theater ganz beträchtlich gestiegen. Aber man darf doch auf der anderen Seite auch nicht vergessen, daß die Eintrittspreise damit so ziemlich Schritt gehalten haben. Und nun stellen wir fest: ein Chor, der sich aus drei jungen Herren und sechs jungen Damen, darunter ganz blutjungen Dingerden von einer teilweise geradezu rührenden Unbeholfenheit, zusammengesetzt, ist kein Chor, der irgendwie in Erscheinung treten kann. Das Orchester ist ebenfalls auf das allerdürftigste besetzt. Ich kenne nichtspieltheater, allerdings nicht hier, die es nicht wagen würden, in einer so mageren Besetzung in einem so großen Raume musizieren zu lassen. Da muß ganz naturgemäß die Farbengebung im Orchester so gut wie alles zu wünschen übrig lassen. Ich bin gewiß kein Feind von drausgeringerlichem Dirigieren, aber es darf die Seele nicht fehlen, und die habe ich bei Herrn Kapellmeister Genz Förgelbel vermisst. Nun die Einzelleistungen. Die Miti Schöngrubers war Hilde Möbius. Eine niedliche und auch feste Sourette, deren Spiel wärmend wirkt. Auch gelanglich muß sie früher, bevor die Tanzoperette den Tribut von ihr forderte, gar nicht über gewesen sein. Noch heute verkehrt sie den Hundus an Stimme, über den sie verächtlich nützlich anzuwenden, und das genügt voll und ganz. Reichlich unruhig, fast geradezu unerschütterlich, gab der Operettensbuffo Heinz Strauß den Miti Liebchen. Das Kaufhaus, in dem dieser Kommiss Witi Höfer angestellt war, scheint sich in einer Großstadt Halbfalkens befinden zu haben. Der Tenor Hans Kugelberg gab den jungen Fürsten Harry, der mit Miti als fallischer Gräfin die Ballnacht durchlebt. Sein Tenor ist kräftig, frisch und auch nicht ohne Wohlklang. Aber um die Technik ist es bei ihm um so schlechter bestellt. Ganz abgesehen davon, daß seine Mundstellung unschön wirkt, bildet Herr Kugelberg auch alle Töne hinten am Gaumen. Er sollte so bald als möglich die Hilfe eines tüchtigen Gesangsmeisters in Anspruch nehmen, bevor er die bei ihm vorhandenen wirklich guten stimmlichen Mittel infolge einer schlechten Gesangstechnik vielleicht ruiniert. Die Gräfin Edith gab die Dina Lida von Paul. Als Bühnenercheinung und im Gesang ist sie so unübel nicht, aber ihr Augenpiel — und sie macht gern und oft Gebrauch davon — ist heillos oder auch unergündlich, wie bei der Sphinx. Gut traf im Charakter Reinhold Wolf den alten Fürsten Gerolfheim. Schleicht sich ihm die Perücke hinten. Das dunkle eigene Haar wackelt um Fingersbreite darunter hervor. Vollständig als Karikatur wirkte Henry Stahl (Graf Ortendorff). Jede Zartheit und Feinheit der Linie ließ er vermissen. Es sind nicht gerade Schmelzeleien, was wir da niedergeschrieben haben, aber geleitet von dem einzigen Bestreben, unsere Operettenbühne zu einem Institute zu machen, das der Bedeutung Lübecks als Großstadt und schließlich auch der Höhe der Eintrittspreise entspricht, glauben wir nicht hinter dem Berge halten zu sollen. Wir würden uns künftighin freuen, das nächste Mal unsere Kritik auf einen wesentlich besseren Ton stimmen zu können.

**Marie Weber**  
**Paul Neumann**  
Verlobte. (9798)  
Rensfeld, 12. November 1919.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Vermählung danken herzlich  
**M. Reimer u. Frau Mary**  
9808 geb. Schröder.  
Lübeck, 7. Novbr. 1919.

Allen Verwandten und Bekannten sowie den Firmenträgern und der Pächterkommission des Lübecker Volksboten für die Gratulationen und Geschenke zu unserer Silberhochzeit danken herzlich  
**Friedr. Möller u. Frau**  
9800) geb. Hasselfeldt.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur silbernen Hochzeit danken  
**Ad. Kolz u. Frau.**  
Lübeck, Glemigstr. 30. (9803)

**Möbl. Zimmer**  
für einen jungen Mann ab 23. Nov. gesucht.  
Offerten unter St. 123 an die Exped. d. Bl.

Zu verk. 1 eiserner Kanonenofen od. 2 vertauschen gegen kleinen eisernen Ofen. (9799) Grüner Weg 10 c.

Kindbettstühle u. Kinderstühle, untere Fußl. 18 cm z. v. (9779) Gendebstr. 21 II.

Ein Rachelosen auf Abbruch billig zu verkaufen. (9811) Schumacherstr. 5/3.

Verloren von einem Laufjungen eine blau far. Decke z. Zeugeinschl. Geg. Bel. abs. (9809) Friedenstr. 61.

**Das kommunistische Manifest**  
50 Pfg.  
**Buchh. Fr. Meyer & Co.**  
Johannisstr. 45.

**Millgers Handbuch**  
der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919  
enthält Lebenslauf u. Bilder der Mitglieder der Nationalversammlung.  
2,50 Mk.  
**Buchh. Fr. Meyer & Co.**

**Belsgarnituren**  
werden schnell und nach neuesten Formen billig umgearbeitet. (9786)

**D. Wagner, Holstenstr. 8.**  
Ad. Hübner, Uhrmach. u. Goldarbeiter, Fünfhausen 13. Sig. Reparaturwerkstatt. 9785

Dem verehrl. Publikum zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mit dem heutigen Tage den bisher von meinem Vater innegehabten

**Marthallenstand**  
Nr. 33  
übernehmen habe.  
Um gütigen Zuspruch bitte!  
**Ludwig Meier,**  
9816) Schlachter.

**Gummi-Ecken und Absätze**  
empfehle zu den niedrigsten Tagespreisen. (9810)  
**Carl Hans Köhl**  
Reberholz, Mühlentstr. 42

**Konsumverein für Lübeck u. Umgegend**  
e. G. m. b. H.  
Achtung Mitglieder!  
Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß wir jetzt wieder die letzte Seite des Konsumgenossenschaftlichen Volksblattes dazu benutzen, um unsere Mitglieder über die Entwicklung unserer Genossenschaft auf dem Laufenden zu halten. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, daß unsere Mitglieder das Volksblatt in den Warenabgabestellen anfordern. In Zukunft wird es den Mitgliedern wieder ins Haus gebracht werden. (9820)

Wir bitten unsere Mitglieder dringend, das Volksblatt zu lesen, denn nur dadurch ist es möglich, sich genossenschaftlich zu orientieren.  
Der Vorstand.  
**Der Neue - Welt - Kalender für 1920**  
zu beziehen durch  
**Friedr. Meyer & Co.,**  
Buchhandlung, Johannisstraße 46.

**Bade-Fenster-Fieber-Zimmer-Thermometer**  
reichhaltiges Lager bei (9797)  
**Optiker Dettmann**  
Königstr. 84/86. Wahnstr. 20. Eckeingang.

**Bruchbänder, Leibbinden, künstl. Glieder, Gummwaren, chirg. Artikel, Verbandstoffe**  
**Dr. med. H. Wolfermann & Cie.**  
Beckergr. 2. Lübeck. Haus Opera. Lieferant der Krankenkassen. Damenbedienung.  
Für die von uns angefertigten Bruchbänder übernehmen wir für guten Sitz und sichere Zurückhaltung auch der schwersten Brüche jede Garantie.

Es wird hiermit gemäß § 27 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden odenburgischen Landesversammlung in Verbindung mit dem abgeänderten § 1 des Art. 102 der rev. Gemeindeordnung vom 30. März 1878 (Gesetz vom 14. Juli 1919) zur Kenntnis gebracht, daß in der heutigen öffentlichen Sitzung des Wahlausschusses für den Landesteil Lübeck zu dem am 16. November 1919 stattfindenden Landesausschuss folgende Wahlvorschläge und folgende Verbindungen derselben zugelassen worden sind:

I. Wahlvorschlag Gloe:

- a) Abgeordnete: 1. Maurer Otto Gloe, Mendorf. 2. Schlosser Johs. Kettelhorn, Schwartau. 3. Zimmerer Karl Fick, Stockelsdorf. 4. Paul Thätner, Ahrensböck. 5. Hauptlehrer Karl Wartels, Sienfeld. 6. Maurer Rud. Willen, Kenesfeld. 7. Lagerhalter Otto Becker, Malente. 8. Arbeiter Franz Boronski, Duntelsdorf. 9. Lehrer Hugo Schmidt, Cleverbrück. 10. Brotfabrikant Theod. Dunker, Cutin. 11. Maurer Johs. Lamprecht, Gronenberg. 12. Zimmerer Wilh. Ränzel, Schwartau. 13. Schmied Ernst Landschoof, Owendorf. 14. Arbeiter Otto Priis, Seeres. 15. Friedr. Westphal, Schwienfuhlen. 16. Maurer Gust. Specken, Gniffau. 17. Landbeder Wilh. Kleflein, Obernwohde. 18. Arbeiter Friedr. Blath, Lebas. 19. Joh. Dole, Siedersdorf. 20. Maurer Karl Olandt, Neudorf. 21. Klempner Karl Marber, Bolau. 22. Arbeiter Wilh. Wentorf, Gr. Zimmendorf. 23. Pantoffelmacher Hans Koop, Ahrensböck. 24. Maurer Paul Willert, Gronenberg. 25. Arbeiter Johs. Böhs, Owendorf. 26. Post Ludwig Behndke, Schönkamp.

- b) Ersagmänner: 1) Arbeiter Heinz Roggenkamp, Duntelsdorf. 2) Lagerhalter Th. Wulf, Schwartau. 3) Maurer Ernst Fick, Stockelsdorf. 4) Schlosser Peter Christoffersen, Ahrensböck. 5) Arb. Ernst Schmidt, Bichel. 6) Wilh. Grabbe, Kenesfeld. 7) Maurer Wilh. Fick, Malente. 8) Arbeiter Joh. Fick, Hof Schönkamp. 9) Herm. Neelsen, Kenesfeld. 10) Jul. Möller, Cutin. 11) Maurer Karl Störmer, Süsel. 12) Arb. Heinz Lamprecht, Schwartau. 13) Johs. Böhs, Owendorf. 14) Johs. Diehl, Seeres. 15) Maurer Karl Westphal, Havelst. 16) Joh. Kleinlauf, Gniffau. 17) Arb. Joh. Schmar, CASHAGEN. 18) Fris. Doeweller, Steindamm. 19) Tischler Karl Willenbrock, Malente. 20) Arb. Heinz Möller, Gniffau. 21) Hans Ping, Gassenhof. 22) Maurer O. Wulf, Ransdorf. 23) Arb. Frieda Koop, Ahrensböck. 24) Gastwirt Heinz Schmidt, Scharbeuh. 25) Ficker Ernst Brandt, Mendorf. 26) Maurer Heinz. Tiedien, Lakendorf.

II. Wahlvorschlag Mahlstedt:

- a) Abgeordnete: 1. Bürgermeister Alb. Mahlstedt, Cutin. 2. Fuhrer Friedr. Ehlers, Gassenhof. 3. Hinz. Dohm, Brackrade. 4. Frau Martha Vogt-Zieg, Schwartau. 5. Major a. D. Joachim v. Levensow, Sichelbeck. 6. Hofbesitzer Gust. Meng, Hörsten. 7. Gärtnerbes. Ernst Bierbach, Stockelsdorf. 8. Hofbesitzer Ed. Kohnhaat, Ruchendorf. 9. Gem.-Vorsteher Hugo Kröger, Süsel. 10. Kaufm. Chr. v. d. Osten, Cutin. 11. Gem.-Vorst. Claus Krambeck, Warnsdorf. 12. Müllensbesitzer Carl Strahm, Malente-Grensmühlen. 13. Fuhrer Bernh. Hamerich, Böbs. 14. Tiefbauunternehmer Carl Hillewerth, Schwartau. 15. Bauunternehmer Heinz. Franz, Vhf. Gleschendorf. 16. Pensionist, Süsel Rönne, Scharbeuh. 17. Fuhrer C. Lorenzen, Siedersdorf. 18. Sattlermstr. Ad. Janßen, Cutin. 19. Fuhrer Otto Abel, Sarzwig. 20. Fassung Hinrichs, Zankradewohld. 21. Lehrerin Marg. Wewß, Cutin. 22. Fuhrer Ernst Dohm, Alenzau. 23. Emil Jakobson, Sidlin. 24. Gastwirt Friedr. Speichmann sen., Scherft.

- b) Ersagmänner: 1) Mählensbes. Heinz. Wewß, Cutin. 2) Krongutspächter Wilh. Bloch, Owendorf. 3) Gemeinde-Vorsteher Wilh. Braesck, Bodholt. 4) Fuhrer Ernst Stammer, Kenesfeld. 5) Heinz. Blund, Kreuzfeld. 6) Kommerzienrat Herm. Jungclaufen, Ahrensböck. 7) Fuhrer Gust. Willen, Obernwohde. 8) Wilh. Dunder, Gleschendorf. 9) Wilh. Saß, Scharbeuh. 10) Schlichtermstr. R. Breiter, Brackrade. 11) Hofbes. Hugo Baumann, Bohnradershof. 12) Malermeister Johs. Wildfang, Malente. 13) Hauptlehrer Hinz. Rehm, Haarberg. 14) Fuhrer Ludw. Hildebrandt, Kenesfeld. 15) Fuhrer Johs. Blund, Siesrade. 16) Bankbeamtin Irene Böbe, Malente. 17) Krongutspächter Max Schumacher, Adolfsdorf. 18) Fuhrer Wilh. Maack, Lebas. 19) Meiereibesitzer Wilh. Biambeck, Sarzwig. 20) Fuhrer Ludw. Hildebrandt, Schwochel. 21) Hausstochter Lucie Drückhammer, Neuhof. 22) Hofbesitzer Wilh. Schumacher jun., Gniffau. 23) Fuhrer Friedr. Dittmer, Kurau. 24) Gust. Saß, Dujendorf.

III. Wahlvorschlag Steenbock:

- a) Abgeordnete: 1. Bauunternehmer Dier. Steenbock, Cutin. 2. Gem.-Vorst. a. D. Gust. Hattenbach, Schwartau. 3. Mählensbes. O. S. Blohm, Ahrensböck. 4. Gem.-Vorst. Arthur Vogt, Ransdorf. 5. Hotelbes. Friedr. Fick, Malente. 6. Lehrer Wilh. Rabe, Ravensbusch. 7. Fischer Rud. Eich, jen., Mendorf. 8. Gärtnerbes. Fr. Weichert, Gr. Barin. 9. Privatmann Leo Weitz, Cutin. 10. Fabrikant Otto Hoff, Schwartau. 11. Backmeister Heinz. Albers, Bahnhof Gleschendorf. 12. Stellmachermstr. Ed. Koch, Ahrensböck. 13. Gastwirt Friedr. Kabelein, Sarzwig. 14. Bildhauer Heinz. Wenz, Neutirchen. 15. Privatmann Rud. Lorenz, Gniffau. 16. Landmann Carl Freitag, Form. Ahrensböck. 17. Landmann Koar. Frenß, Dujendorf. 18. Weihensteller C. Böckmann, Schwartau. 19. Privatmann Fris. Weverder, Wenz. 20. Kaufmann Gustas Deenan, Cutin. 21. Brotfabrikant Fick. Lammes, Cutin. 22. Schmiedemstr. Emil Schulz, Ransdorf. 23. Zimmermstr. Herm. Wulf, Malente. 24. Gärtner Friedr. Woll, Stockelsdorf. 25. Landmann Maria Lampe, Arzrade. 26. Deckerer Arthur Kramm, Cutin.

- b) Ersagmänner: 1) Prof. Ernst Lehmann, Cutin. 2) Zimmermeister Gustav Menschel, Schwartau. 3) Landm. Ernst Drückhammer, Ahrensböck. 4) Zimmermstr. Friedr. Wölter, Zimmendorferstrand. 5) Privatm. Jul. Krugan, Malente. 6) Gärtner Carl Eichenburg, Stockelsdorf. 7) Lehrer Rich. Langhoff, Kreuzkamp. 8) Buchdruckereibes. Johs. Kemmer, Cleverbrück. 9) Photograph Alb. Giesler, Cutin. 10) Bahnmstr. Hinz. Groth, Schwartau. 11) Privatmann Hinz. Jesse, Bahnhof Gleschendorf. 12) Oberleitender a. D. Heinz. Dohm, Ahrensböck. 13) Stellmacher Heinz. Hamdorf, Gleschendorf. 14) Schuhmacher Otto Kloth, Neutirchen. 15) Gärtner Alb. Pfeilhöft, Gniffau. 16) Landm. a. Peter L. Müller, Barghorst. 17) Schuhmacher Chr. Schildt, Dujendorf. 18) Hofbesitzer Wilh. Schometer, Cutin. 19) Landm. Johs. Schell, Gr. Siesrade. 20) Hotelbesitzer Max Wulm, Gniffau. 21) Hammerer Fris. Nielsen, Cutin. 22) Kaufm. B. H. Kreuzfeld, Malente. 23) Reg.-Kontrolleur Herm. Wegner, Cutin. 24) Privatm. Heinz. Raabe, Stockelsdorf. 25) Lehrer Friedr. Woll, Arzrade. 26) Geschäftsführer Carl Dähnel, Cutin.

IV. Wahlvorschlag Behrmann:

- a) Abgeordnete: 1. Rechtsanwält Paul Behrmann, Schwartau. 2. Landmann Georg Demers, Bierrth. 3. Landbesitzer Dr. H. Stietemrot, Malente. 4. Hofbesitzer Emil Kahrensen, Cutin. 5. Gem.-Vorst. Peter Ogen, Malente. 6. Hauptlehrer Ad. Fock, Ahrensböck. 7. Landwirt Otto Kott, Cutin. 8. Fr. Wilma Breitzinger, Gärtnerin, Neutirchen. 9. Geh. Rat Dr. v. Heimburg, Gleschendorf.

- b) Ersagmänner: 1) Professor Dr. Wilh. Genz, Cutin. 2) Landmeister Berner Ramuth, Cutin. 3) Apoth. Paul Beyer, Ahrensböck. 4) Hofbes. Chr. Wichmann, Schwartau. 5) Lehrer Herm. Jaeger, Schwartau. 6) Pensionist, Georg Beyer, Malente. 7) Oberl. Dr. Wilh. Schlett, Cutin. 8) Frau Elisabeth Jochimsen, Cutin. 9) Hofmeister Hennig Daborg, Ahrensböck.

- 10. Post Johs. Fahrenkrug, Malent. 11. Forstassessor Franz Danyelsen, Forsthof. 12. Rangiermeister Chr. Maewe, Cutin. 13. Brack. Arzt Paul Zieppel, Neutirchen.

- 14) Frau Emilie Goos-Wo., Orensmitth. 15) Privatm. Waa. Goosch, Schwartau. 16) Lehrer a. D. O. Schmahl, Malente. 17) Stadtkassierer Carl Herbst, Cutin.

V. Wahlvorschlag Jürs:

- a) Abgeordnete: 1. Arbeiter Wilh. Jürs, Fackenburg. 2. Arbeiter Joh. Weber, Kenesfeld. 3. Former Heinz. Gahmeier, Fackenburg. 4. Arbeiter Heinz. Kruse, Katenau. 5. Schlosser Friedr. Schaar, Speckerhof. 6. Arbeiter Herm. Markmann, Kenesfeld. 7. Wilh. Ziebbe, Katenau. 8. Ed. Driels, Cutin. 9. Heinz. Bahr, Malente. 10. Rich. Kibbel, Lebas. 11. Schlachter Gust. Kadack, Mori. 12. Arbeiter Joh. Speth, Kenesfeld. 13. Konrad Meyer, Fackenburg. 14. Maurer Emil Harber, Stockelsdorf. 15. Arbeiter Aug. Reitz, Stockelsdorf. 16. Brauer Karl Koblhof, Ravensbusch. 17. Schlosser Adolf Reck, Mori. 18. Former Alfred Gahmeier, Ravensbusch. 19. Arb. Nicolaus Schwarz, Stockelsdorf. 20. Joh. Drens, Fackenburg. 21. Heinz. Meyer, Stockelsdorf. 22. Herm. Bah, Fackenburg. 23. Willi Soltan, Gahorst. 24. Friedr. Beth, Ravensbusch. 25. Schriftf. Th. Gvers, Ravensbusch. 26. Arbeiter Jul. Gumpert, Fackenburg.

- b) Ersagmänner: 1) Arbeiter Joh. Schük, Gr. Barin. 2) Maurer Joachim Odetop, Fackenburg. 3) Maurer Heinz. Dabelstein, Gleschendorf. 4) Arbeiter Friedr. Dieh, Seeres. 5) Arbeiter Karl Kibbel, Stockelsdorf. 6) Wilh. Beth, Stockelsdorf. 7) Otto Jacobson, Kenesfeld. 8) Aug. Junge, CASHAGEN. 9) Heinz. Diehlack, Fackenburg. 10) Joh. Carstensen, Kenesfeld. 11) Maurer Karl Burmeister, Fackenburg. 12) Arb. Emil Matens, Kenesfeld. 13) Bernh. Scharbau, Stockelsdorf. 14) Gust. Drens, Ravensbusch. 15) Emil Meyer, Ravensbusch. 16) Aug. Niebuhr, Kenesfeld. 17) Schlosser Rud. Behnke, Fackenburg. 18) Hugo Kasten, Fackenburg. 19) Heinz. Kaack, Fackenburg. 20) Seemann Walter Schröder, Stockelsdorf. 21) Arbeiter Karl Schulz, Fackenburg. 22) Gust. Fick, Stockelsdorf. 23) Schlosser Wilhelm Voigt, Stockelsdorf. 24) Malerstr. Carl Gähle, Stockelsdorf. 25) Arbeiter Carl Büling, Fackenburg. 26) Heinz. Behl, Stockelsdorf.

In Verbindungen von Wahlvorschlägen sind zugelassen: Die Wahlvorschläge 1. Mahlstedt - Behrmann, 2. Gloe - Jürs.

In der Auswahl der Bewerber ist der Wähler beschränkt. Er darf nur Namen von einem einzigen der öffentlichen bekannt gegebenen Wahlvorschläge entnehmen. Das Entnehmen von Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen hat nach § 41 Nr. 7 der Wahlordnung Ungültigkeit der Stimmzettel zur Folge. Ebenso sind Stimmzettel ungültig, die ausschließlich auf andere als die in den öffentlich bekannt gegebenen Wahlvorschlägen aufgeführten Personen lauten.

Die Verbindung von Wahlvorschlägen gemäß § 12 des Wahlgesezes ist eine Vereinbarung zwischen den Unterzeichnern mehrerer Wahlvorschläge, daß ihre Wahlvorschläge bei der Ermittlung des Wahlergebnisses den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Vorschlag gelten sollen. Das Zusammengehen der Parteien ist hierbei nur ein taktisches, kein programmatisches. Die verbundenen Wahlvorschläge sind bei der Wahl selbst im einzelnen völlig selbständig.

Der Wahlauschuss für den Landesteil Lübeck. Der Wahlkommiffar: A. B. Buchholz.

Der dritte Selbstbetrag der Einkommensteuer

zweite Selbstbetrag der Kirchensteuer für das Jahr 1919/20 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen u. St. Gertrud, die Landbezirke u. Travenmünde sind, in der Zeit vom 11. bis 20. November d. J. bei Vermeidung des Rücklags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. (9805) Lübeck, den 11. Nov. 1919. Die Steuerbehörde.

Bekanntmachung.

Die in letzter Zeit wiederholt vorgekommenen Störungen in der elektrischen Ortsleitung sind darauf zurückzuführen, daß Teilnehmer bei Störungen in ihren Hausanschlüssen sich unbefugt bei der Hausführung zu schaffen machen. Wer daher irgend eine Menderung bei der Hausführung vornimmt oder auch nur die Nocken von derselben entfernt, dem wird, außer Haftbarmachung für den entstandenen Schaden, das Licht auf 4 Wochen entzogen. (9814) Stockelsdorf, den 7. November 1919. Der Gemeindevorstand. Dingz.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend, e. G. m. b. H. Die Förderung des \* Konsumvereins \* können alle Mitglieder dadurch bewirken, daß sie alle ohne Ausnahme ihre \* neuen Lebensmittelkartenhefte \* bald in den Warenabgabestellen des Konsumvereins anmelden. 9780) Der Vorstand.

Aufruf zu einer Spende für verschämte Arme in Lübeck. Schwer lastet die Not der Zeit auf uns allen. -- Besonders hart aber trifft sie die alleinstehenden alten Frauen, die schon vor dem Kriege auf ein überaus kärgliches Einkommen angewiesen waren und keine Möglichkeit hatten, ihre Einnahmen zu steigern, weil sie zu alt sind, um zu arbeiten -- zu stolz um zu betteln -- und zu beschiden, um zu fordern. Noch bitterer aber wird sicher die Not unter den Frauen empfunden, die einst bessere Tage gesehen haben, aber durch den Krieg oder traurige Schicksalsschläge in Armut gerieten, die aber von keiner Seite Unterstützung empfangen, weil sie sich scheuen, anderen in ihr Elend Einblick zu gewähren. Alle diese Not wird in der Stille getragen. Dennoch dürfen wir nicht länger daran vorüber gehen, ohne zu helfen! So manche große Spende ist in Lübeck gesammelt zur Linderung von Not, die ferne von uns war -- hier ist Not in nächster Nähe, bitterste Not! Giebt nach Kräften, sie zu lindern! Gebt rasch und reichlich, da gerade dieser Winter diesen Armen besonders hart zulegen wird. Gaben nehmen nachstehende Banken entgegen: Vorschub- und Sparvereinsbank, Bank für Handel und Gewerbe, Dresdner Bank, Filiale Lübeck, Commerzbank, Lübecker Privatbank, außerdem die sämtlichen ev.-luth. Geistlichen Lübecks, die Zentrale f. private Fürsorge, Frau Bierkamp, Lettern, d. Frauenverein v. 1813, Frau A. M. Tesdorpf, Vorjüngende, der weltl. Armenverein, Frau E. Halle, d. Frauenverein v. St. Jürgen, Fräul. Reimpell, d. Frauenverein v. St. Gertrud, Fräul. L. Elfeld, d. Frauenverein v. St. Lorenz, Frau G. Behrens.

Ein Buch, das in keinem Arbeiterheim fehlen darf, ist: Die Beichte einer Verlorenen. Ein großartiges Werk voller Spannung und furchtbarer Lebenswahrheit. Das Schicksal eines jungen Mädchens, das durch unsere elenden sozialen Zustände auf Abwege geraten. Eine Mahnung an alle jungen Mädchen. Ein Sündenpiegel des Kapitalismus. Bisher 80.000 Stück verkauft! Sofort bestellen, da Vorrat gering. 3 Mk. 9789) Globus-Verlag S 184, Jena 58. [Z

Die Spitze führt wenn noch dem besten Schuhputz gefragt wird, einzig und allein die seit vielen Jahren anerkannte, als ganz hervorragend überall bevorzugte Marke Pilo.

Brennholz-Lieferungen. Um in der Deffentlichkeit Klarheit zu schaffen, möchten wir hierdurch mitteilen, daß mit nennenswerten Liefertungen in diesem Winter nicht mehr zu rechnen ist, da die für Lübeck in Frage kommenden Produktionsgebiete sich durch Ausfuhrverbote abgeschlossen haben, überdies waren während des Sommers die Transportschwierigkeiten derartig groß, daß auch nicht annähernd die getauften Mengen heranzuschaffen waren. Die vornotierten Aufträge können daher nicht mehr zur Ausführung kommen und werden die Verbraucher sich so gut wie angängig mit Brennholz aushelfen müssen. (9815) Lübeck, den 12. November 1919. Die Kohlenhändler Lübecks. Neueintragungen in die Kundenliste für Butter, Zucker, Mühlenfabrikata erbittet Th. Schnauer, Glockengießerstr. 16, 8790, Telephone 2414.